

Buch, Claudia M. et al.

**Research Report — Digitized Version**

## Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Rußland in der Weltwirtschaft: Noch nicht mehr als ein Exporteur von Rohstoffen. Siebenter Bericht, Teil II

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 265

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Buch, Claudia M. et al. (1996) : Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Rußland in der Weltwirtschaft: Noch nicht mehr als ein Exporteur von Rohstoffen. Siebenter Bericht, Teil II, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 265, ISBN 3894561114, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/874>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

265

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

# **Die wirtschaftliche Lage Rußlands**

**Rußland in der Weltwirtschaft: Noch nicht mehr als ein  
Exporteur von Rohstoffen**

**Siebenter Bericht, Teil II**

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Integration in den Welthandel</b> .....	3
1. Entwicklung der Außenhandelsströme .....	3
2. Handel mit Drittländern .....	5
a. Waren- und Regionalstruktur .....	5
b. Russische Handelspolitik gegenüber Drittländern.....	8
c. Außenhandelsspolitik der OECD-Staaten gegenüber Rußland .....	9
3. Handel mit den anderen GUS-Ländern und den baltischen Staaten .....	12
a. Umfang und Struktur .....	12
b. Handelspolitik und Zahlungssystem.....	13
4. Bedeutung von Energieträgern.....	14
<b>II. Integration in die internationalen Geld- und Kapitalmärkte</b> .....	15
1. Wechselkursordnung und -politik .....	15
2. Direkt- und Portfolioinvestitionen.....	17
3. Auslandsverschuldung als Integrationshemmnis? .....	19
a. Umfang und Struktur der Verschuldung .....	19
b. Umschuldungsvereinbarungen .....	21
c. Rolle der multilateralen Finanzinstitutionen .....	24
d. Kapitalflucht.....	25
<b>III. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen</b> .....	25
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	30

*Dieser Bericht wurde am 10. November 1995 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich, Rolf J. Langhammer und Matthias Lücke mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Herbert Brücker, Hella Engerer, Wolfram Schrettl, Mechthild Schrooten und Ulrich Weissenburger und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch, Thomas Linne, Thomas Meissner, Marianne Paasi, Peter Sigmund und Klaus Werner. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.*

**Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme**

Die **wirtschaftliche Lage Russlands** / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Kiel : Inst. für Weltwirtschaft

Bericht 1 u.d.T.: Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weissrusslands

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>

Bericht 7. Rußland in der Weltwirtschaft: Noch nicht mehr als ein Exporteur von Rohstoffen. - Teil 2. - (1995)

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 265)

ISBN 3-89456-111-4

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht

gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

Seit 1992 berichten das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zweimal jährlich über „Die wirtschaftliche Lage Rußlands“. Die Institute legen hiermit Teil II ihres siebenten Berichts vor. In diesem Teil werden der Stand und die Hemmnisse der weltwirtschaftlichen Integration Rußlands behandelt.

## I. Integration in den Welthandel

### 1. Entwicklung der Außenhandelsströme

Der russische Handel mit den anderen Sowjetrepubliken ist seit Anfang der neunziger Jahre im Verhältnis zum russischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) kontinuierlich geschrumpft; gleichzeitig hat die Bedeutung des Handels mit Drittländern deutlich zugenommen (Tabelle 1). Der Anteil des Außenhandels am BIP ist unter den verfügbaren Daten inhaltlich besonders aussagekräftig; er ist zudem für alle ehemalige Sowjetrepubliken und Drittländer verfügbar.<sup>1</sup> Hingegen sind etwa die Nominalwerte des Handels mit den ehemaligen Sowjetrepubliken nur schwer zu interpretieren, da die Ausgangsdaten in Rubel hohe Inflationsraten und damit auch deutliche Verzerrungen der relativen Preise widerspiegeln.

Bei der Umrechnung in Dollar zum Vergleich mit dem Drittländerhandel entstehen weitere Unsicherheiten dadurch, daß der reale Wechselkurs des russischen Rubels seit 1992 starken Schwankungen unterworfen war.

Die Exporte in Drittländer nahmen von 1990 bis zum ersten Halbjahr 1995 von etwa 6 vH des BIP auf 8 vH zu. Die Importe aus Drittländern stiegen nach einem kräftigen Rückgang 1991 bis zum ersten Halbjahr 1995 wieder auf 5 vH des BIP an. Das Wachstum des Handels mit Drittländern setzte sich auch im ersten Halbjahr 1995 fort.

Sowohl die Exporte in die ehemaligen Sowjetrepubliken als auch die entsprechenden Importe haben sich — gemessen an ihrem Anteil am BIP — seit 1990 nahezu halbiert. Die Exporte sanken von 11 vH des BIP 1990 auf 6 vH im ersten

Tabelle 1 — Russischer Außenhandel 1990–1995

	Exporte						Importe					
	1990	1991	1992	1993	1994	1995 1. Halbjahr	1990	1991	1992	1993	1994	1995 1. Halbjahr
Handel mit Staaten außerhalb der ehemaligen Sowjetunion												
Mrd. Dollar	71,1	50,9	42,4	44,3	48,0	28,3	81,8	44,5	37,0	33,0	35,7	18,4
vH des BIP <sup>a</sup>	5,7	4,6	4,7	5,6	6,9	8,2	6,6	4,0	4,1	4,2	5,1	5,3
Handel mit ehemaligen Sowjetrepubliken												
Mrd. Dollar zum lfd. Wechselkurs	b	b	11,9	14,9	14,3	7,3	b	b	5,6	9,2	12,6	6,4
vH des BIP <sup>c</sup>	10,5	9,5	12,6	8,5	5,0	5,6	9,4	7,4	5,9	5,3	4,4	4,9
vH des gesamten Außenhandels zum lfd. Wechselkurs	b	b	21,8	25,1	22,9	20,5	b	b	13,1	21,9	26,1	25,8
Volumen (1990 = 100)	100	83	88	53	27	15	100	71	45	36	27	15

<sup>a</sup>Das Bruttoinlandsprodukt wurde mit Hilfe der von Goskomstat ermittelten Kaufkraftparität in Dollar umgerechnet. — <sup>b</sup>Der offizielle Wechselkurs in den Jahren 1990 und 1991 ist mit den Devisenmarktkursen ab 1992 nicht vergleichbar. — <sup>c</sup>Bei der Berechnung der Anteilswerte wurden Handel und Bruttoinlandsprodukt in Rubeln zugrunde gelegt.

Quelle: Government of the Russian Federation (1995a: Tabellen 68 und 69), eigene Berechnungen.

Halbjahr 1995; die Importe gingen von 9 vH des BIP auf 5 vH zurück. Noch stärker gingen die gehandelten Export- und Importmengen zurück. Sie lagen im Gesamtjahr 1994 nur noch bei etwa einem Viertel des Ausgangsniveaus von 1990. Allerdings hat der Handel mit den ehemaligen Sowjetrepubliken offenbar die Talsohle erreicht. Im ersten Halbjahr 1995 übertrafen die in Dollar bewerteten Exporte und Importe geringfügig die Werte der entsprechenden Vorperiode (Government of the Russian Federation 1995a: 73). Außerdem lagen sie — ebenso wie Export- und Importvolumina — mehr als halb so hoch wie im Gesamtjahr 1994. Offenbar haben sich die Handelsströme an die von Rußland eingeführten marktwirtschaftlichen Verfahrensregeln angepaßt; hierzu zählen insbesondere die Durchsetzung von Weltmarktpreisen für russische Energieexporte sowie positive Realzinsen für russische Kredite zur Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten der Partnerländer. Außerdem waren bis 1994 marktwirtschaftliche Institutionen entstanden, die das institutionelle Vakuum nach dem Wegfall der Zentralplanung und nach der Desintegration des zwischenrepublikanischen Zahlungssystems ausfüllten.

Der Rückgang der Anteile des Handels mit den ehemaligen Sowjetrepubliken wirft die Frage auf, wie sich die relative Bedeutung dieser Ländergruppe langfristig entwickeln wird. Die bisherige Gewichtsverlagerung ging auch darauf zurück, daß seit 1992 zahlreiche Hindernisse für den Handel mit Drittländern und damit die implizite Bevorzugung des Handels mit den ehemaligen Sowjetrepubliken entfallen sind. Aufschluß über die langfristigen Gewichte können Schätzungen auf der Basis von Gravitationsmodellen geben, die den Handel zwischen je zwei Ländern als Funktion ihrer jeweiligen Wirtschaftskraft (BIP) sowie ihrer Distanz (geographische und kulturelle Faktoren) und ihrer Handelspolitik erklären. Die für Marktwirtschaften geschätzten Modellparameter erlauben eine Schätzung des „normalen“ Anteils des Handels mit den ehemaligen Sowjetrepubliken am gesamten Außenhandel (Gros und Dautrebande 1992; van Selm 1995).

Die meisten Gravitationsmodelle liefern Schätzungen für den langfristig zu erwartenden

Anteil des Handels mit den ehemaligen Sowjetrepubliken von 6 bis 11 vH; er überschreitet also nicht das frühere Niveau.<sup>2</sup> Allerdings sind die ökonomische Nähe zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken und die entsprechende Distanz zum Rest der Welt vermutlich größer, als es durch die auf den Erfahrungen von Marktwirtschaften basierenden Modellvariablen zum Ausdruck gebracht wird. Im ersten Halbjahr 1995 lag der Anteil der ehemaligen Sowjetrepubliken am russischen Außenhandel, berechnet zu laufenden Preisen und Wechselkursen, bei etwa 23 vH (Tabelle 1) und damit nur noch etwas mehr als doppelt so hoch wie die geschätzte langfristige Untergrenze.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, daß der Handel mit den ehemaligen Sowjetrepubliken sich auf dem erreichten niedrigen Niveau stabilisiert und ein Rückgang seines Anteils am Gesamthandel lediglich durch ein rascheres Wachstum des Handels mit Drittländern bewirkt wird.

Die Außenhandelsquote<sup>4</sup> liegt seit 1991 zwischen 11 und 14 vH. Damit ist Rußland als verhältnismäßig geschlossene Volkswirtschaft anzusehen, was angesichts der Größe des Landes nicht überrascht. Ähnlich niedrige Außenhandelsquoten fanden sich 1993 im internationalen Vergleich z.B. in Japan (8 vH), den USA (10 vH) und Mexiko (16 vH) (Weltbank 1995). Der Vergleichswert für Deutschland lag bei 22 vH. Die relativ niedrige Außenhandelsquote erklärt nicht zuletzt die zunehmenden protektionistischen Tendenzen in Rußland, da den durch Schutz vor Importkonkurrenz begünstigten Partikularinteressen keine ähnlich gut organisierten Interessengruppen gegenüberstehen, die von Freihandel profitieren.<sup>5</sup>

Obwohl der Handel mit den ehemaligen Sowjetrepubliken aus russischer Sicht bereits erheblich an Bedeutung verloren hat, bleibt Rußland für diese Staaten ein überragend wichtiger Handelspartner (Tabelle 2). 1994 wickelten die GUS-Mitglieder durchschnittlich etwa die Hälfte ihres Außenhandels mit Rußland ab; für die baltischen Staaten betrug der entsprechende Wert nur noch etwa ein Viertel. Damit besteht für Rußland die Möglichkeit, mit Hilfe einer strategischen Handelspolitik Einkommensgewinne zu Lasten der GUS-Länder zu erzielen. Diese Mög-

lichkeit besitzt Rußland gegenüber anderen Ländern nicht. Der russische Anteil am Außenhandel der ehemaligen RGW-Mitgliedsländer lag durchschnittlich bei 5 vH der Exporte und 9 vH der Importe; die gleichen Werte wurden in Finnland erreicht. In den meisten übrigen Ländern, darunter die großen OECD-Staaten, machte der Handel mit Rußland weniger als 2 vH des gesamten Außenhandels aus (IMF 1995).

Tabelle 2 — Anteil Rußlands am Außenhandel ausgewählter Partnerländer 1994 (vH)

	Exporte	Importe
Europäische Union (15)	1,0	1,6
darunter:		
Deutschland	1,6	2,2
Finnland	5,2	8,9
Ehemalige RGW-Länder	4,9	8,5
darunter:		
Slowakei	3,8	12,5
Polen	5,4	6,7
Baltische Staaten	25,4	27,0
davon:		
Estland	21,5	17,6
Lettland	28,1	23,5
Litauen	28,2	39,3
GUS-Länder	49,3	59,1
darunter:		
Armenien	52,7	48,8
Azerbaidshan	22,0	15,2
Georgien	58,0	14,9
Kasachstan	67,6	59,4
Moldawien	61,9	67,2
Tadschikistan	26,4	57,5
Turkmenistan	10,1	16,1
Ukraine	43,4	63,0
Usbekistan	45,7	47,5
Weißrußland	65,9	71,0
China	1,3	3,0
Japan	0,3	1,3
USA	0,5	0,5
Kanada	0,1	0,2

Quelle: IMF (1995), eigene Berechnungen.

Der Dienstleistungshandel spielt eine zunehmende Rolle in den russischen Außenwirtschaftsbeziehungen. 1994 erreichten die Nicht-Faktordienstleistungen mit 8,2 Mrd. Dollar einen Anteil von 11 vH an den gesamten Exporten (Waren und Nicht-Faktordienstleistungen), bei den Importen waren es sogar 16 Mrd. Dollar bzw. 24 vH. Das Defizit der Dienstleistungsbilanz ging vor allem auf die seit 1992 stark ge-

wachsenen Tourismusausgaben zurück. In diesem Bereich standen 1994 Exporten von 2,4 Mrd. Dollar Importe von 7,4 Mrd. Dollar gegenüber. Die große Steigerung der Tourismusausgaben ist auf die reale Aufwertung des Rubels und die zunehmende Einkommensdifferenzierung zurückzuführen. Der Tourismus nach Rußland ist wegen der unzureichenden Infrastruktur noch unterentwickelt. Bei den in der Dienstleistungsbilanz ausgewiesenen Transportleistungen ergibt sich bei Ex- und Importen von jeweils rund 4 Mrd. Dollar ein ausgeglichener Saldo. Das Defizit im Bereich der Bauleistungen von 1,7 Mrd. Dollar wird größtenteils durch den Wohnungsbau für die russische Soldaten verursacht. Deutsche Ausgaben für Nicht-Faktordienstleistungen aus Rußland machten 1992<sup>6</sup> nur 7 vH der gesamten deutschen Importe (einschließlich der Warenimporte) aus und stiegen über 10,8 vH 1993 auf 11,8 vH 1994. Seefrachten und Bauleistungen vereinigten fast die Hälfte der deutschen Ausgaben für russische Dienstleistungen auf sich.

## 2. Handel mit Drittländern

### a. Waren- und Regionalstruktur

Die russische Ausfuhr ist stark auf Rohstoffe und rohstoffnahe Industriegüter ausgerichtet (Tabelle 3). Dies gilt grundsätzlich für alle wichtigen Handelspartner, obwohl sich die Handelsbeziehungen etwa mit den GUS-Ländern oder den ehemaligen RGW-Mitgliedsländern in einem völlig unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Umfeld entwickelt haben. Energieträger machten 1994 insgesamt 51 vH der Exporte aus; bei den Exporten nach Deutschland waren es sogar 75 vH und bei den Exporten in die ehemaligen RGW-Mitgliedsländer 74 vH. Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie sowie der NE-Metallurgie trugen mit insgesamt 21 vH zu den Exporten bei. Gewachsene Lieferbeziehungen spielten offenbar bei der Ausfuhr von Kapitalgütern noch eine erhebliche Rolle. Deren Anteil an der Ausfuhr in die GUS-Länder lag bei 16 vH, während er im Fall von Deutschland nur 4 vH betrug und für die übrigen EU-Staaten

Tabelle 3 — Ausfuhr nach Waren- und Ländergruppen 1994<sup>a</sup> (vH)

Warengruppe (Kombinierte Nomenklatur)		GUS-Länder	Deutschland	Übrige EU-Staaten	Ehemalige RGW-Staaten	Übrige Staaten	Insgesamt
I	Lebende Tiere	0,4	0,1	0,1	0,1	1,6	0,7
II	Waren pflanzlichen Ursprungs	1,2	0,2	0,7	0,1	0,4	0,6
III	Tierische und pflanzliche Fette und Öle	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
IV	Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke; Tabak	2,1	0,5	0,4	0,5	1,1	1,0
V	Mineralische Stoffe	56,9	74,8	58,2	74,0	28,7	51,5
26	Erze sowie Schlacken und Aschen	0,9	0,1	0,4	3,0	0,2	0,7
27	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation	55,3	74,7	57,6	70,6	28,2	50,5
VI	Erzeugnisse der chemischen Industrie und verwandter Industrien	4,7	3,3	7,7	5,2	9,3	6,9
29	Organisch chemische Erzeugnisse	1,8	1,6	4,2	3,1	1,8	2,5
31	Düngemittel	0,2	0,4	1,5	0,8	5,1	2,2
VII	Kunststoffe und Waren daraus; Kautschuk und Waren daraus	2,9	0,4	0,9	2,8	1,2	1,6
VIII	Häute, Felle, Leder, Pelzfelle und Waren daraus	0,1	0,6	1,6	0,7	0,3	0,7
IX	Holz und Holzwaren; Holzkohle; Kork und Korkwaren; Flechtwaren	1,5	1,9	4,3	0,4	4,6	3,1
X	Halbstoffe aus Holz oder anderen zellulosehaltigen Faserstoffen; Papier, Pappe und Waren daraus	1,9	1,1	1,9	1,8	1,7	1,7
XI	Spinnstoffe und Waren daraus	2,2	1,9	1,5	2,0	2,4	2,0
XII	Schuhe, Kopfbedeckungen, Regenschirme usw.	0,5	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2
XIII	Waren aus Steinen, Gips, Zement usw.; keramische Waren; Glas und Glaswaren	1,1	0,1	0,0	0,2	0,2	0,4
XV	Unedle Metalle und Waren daraus	7,3	10,9	20,1	6,1	38,8	20,8
72	Eisen und Stahl	3,7	6,2	5,1	2,1	24,9	10,9
74	Kupfer und Waren daraus	0,2	2,5	5,6	0,7	0,4	1,9
75	Nickel und Waren daraus	0,0	0,5	4,4	0,0	0,4	1,3
76	Aluminium und Waren daraus	0,8	1,2	2,9	3,0	11,3	4,9
XVI	Maschinen, Apparate, mechanische Geräte und elektrotechnische Waren	11,1	1,7	0,9	2,6	5,0	4,9
84	Kemreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte	6,4	1,1	0,6	2,2	3,2	3,0
85	Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und andere elektrotechnische Waren; Tonaufnahme- oder Wiedergabegeräte	4,7	0,6	0,3	0,4	1,7	1,9
XVII	Beförderungsmittel	5,2	2,0	1,3	3,2	3,9	3,3
87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Kraftträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge	4,4	1,5	1,0	3,1	3,1	2,7
XVIII	Optische, photographische oder kinematographische Instrumente, Meß-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente	0,5	0,1	0,1	0,1	0,4	0,3
XX	Verschiedene Waren	0,4	0,4	0,2	0,0	0,2	0,3
<i>Ausfuhr insgesamt (vH der Ausfuhr in alle Ländergruppen)</i>		24,0	9,3	25,3	9,5	31,9	100,0

<sup>a</sup>Es werden nur solche Kapitel (2-Stellen) der Kombinierten Nomenklatur angeführt, die bei mindestens einer Ländergruppe mindestens 3 vH zu den Exporten beitragen. Die Datenbank enthält keine Angaben für Kapitel 71 (Edelsteine und Edelmetalle). Im ersten Halbjahr 1995 entfielen 7 vH der russischen Ausfuhr in Drittländer auf Kapitel 71.

Quelle: Datenbank Handelsstatistik der russischen Zollverwaltung.

noch niedriger lag. Bei der Einfuhr gab es 1994 geringere Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländergruppen als bei der Ausfuhr (Tabelle 4). Auf Kapitalgüter entfielen insgesamt 32 vH, auf Nahrungs- und Genußmittel 29 vH und auf Chemieprodukte 7 vH der Einfuhr.

Nach den verfügbaren Informationen hat sich die Warenstruktur des Handels mit Drittländern seit 1991 nicht wesentlich geändert. Frühere Daten sind nicht verfügbar. Hingegen hat sich die Regionalstruktur des Drittländerhandels auf der Export- wie auf der Importseite seit 1990

deutlich zugunsten der OECD-Staaten und auf Kosten der RGW-Mitgliedsländer verschoben (Tabelle 5). Nachdem 1990 noch über 40 vH des Drittländerhandels mit RGW-Mitgliedsländern abgewickelt wurden, stabilisierte sich dieser Anteil 1994 und im ersten Halbjahr 1995 bei etwa 10 vH. Der besonders dramatische Rückgang des Handels in der Folge der Auflösung des RGW in den Jahren 1990 und 1991 veranschaulicht die verzerrende Wirkung der impliziten Begünstigung des innergemeinschaftlichen Handels im RGW.

Tabelle 4 — Einfuhr nach Waren- und Ländergruppen 1994<sup>a</sup> (vH)

Warengruppe (Kombinierte Nomenklatur)		GUS-Länder	Deutschland	Übrige EU-Staaten	Ehemalige RGW-Staaten	Übrige Staaten	Insgesamt
I	Lebende Tiere	3,4	4,4	4,7	4,3	7,0	4,9
2	Fleisch und genießbare Schlachtnbenerzeugnisse	2,3	2,1	2,8	3,6	4,6	3,1
II	Waren pflanzlichen Ursprungs	4,5	2,5	7,0	5,9	10,9	6,7
8	Genießbare Früchte und Nüsse; Schalen von Zitrusfrüchten	1,4	1,2	4,2	2,6	4,4	3,0
III	Tierische und pflanzliche Fette und Öle	0,3	0,4	0,9	0,6	0,8	0,6
IV	Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke; Tabak	13,4	14,0	17,6	24,9	17,9	16,6
17	Zucker und Zuckerwaren	3,3	1,1	2,0	2,8	4,8	3,0
18	Kakao und Zubereitungen daraus	0,2	4,0	3,6	1,9	2,5	2,4
20	Zubereitungen von Gemüse, Früchten u.a. Pflanzenteilen	1,8	1,2	1,3	6,1	1,2	1,8
21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	0,3	1,0	1,9	2,6	3,5	1,8
22	Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	5,3	3,9	2,7	6,1	0,7	3,3
V	Mineralische Stoffe	16,9	0,7	2,3	1,2	4,3	6,3
26	Erze sowie Schlacken und Aschen	4,3	0,2	2,0	0,1	2,7	2,4
27	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation	12,0	0,4	0,3	1,0	1,4	3,7
VI	Erzeugnisse der chemischen Industrie und verwandter Industrien	3,9	7,4	9,3	14,4	6,9	7,4
28	Anorganische und chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, radioaktive Elementen	1,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,4
30	Pharmazeutische Erzeugnisse	0,5	3,8	3,6	11,0	4,0	3,5
VII	Kunststoffe und Waren daraus; Kautschuk und Waren daraus	1,0	2,0	2,0	2,1	1,9	1,7
VIII	Häute, Felle, Leder, Pelzfelle und Waren daraus	0,4	0,3	0,4	0,4	0,8	0,5
IX	Holz und Holzwaren; Holzkohle; Kork und Korkwaren; Flechtwaren	0,1	0,1	0,4	0,3	0,2	0,2
X	Halbstoffe aus Holz oder anderen zellulosehaltigen Faserstoffen; Papier, Pappe und Waren daraus	0,7	1,5	1,8	1,0	0,9	1,2
XI	Spinnstoffe und Waren daraus	7,7	2,9	3,8	2,3	6,7	5,4
52	Baumwolle	4,1	0,1	0,1	0,1	0,1	1,1
XII	Schuhe, Kopfbedeckungen, Regen- und Sonnenschirme usw.	1,0	1,4	2,4	2,4	2,9	2,0
XIII	Waren aus Steinen, Gips, Zement usw.; keramische Waren; Glas und Glaswaren	1,6	0,5	1,0	1,4	0,5	1,0
XV	Uedle Metalle und Waren daraus	14,2	3,4	3,8	2,4	4,2	6,4
72	Eisen und Stahl	8,2	1,4	0,2	0,5	0,1	2,4
73	Waren aus Eisen und Stahl	3,4	1,3	2,3	1,4	3,6	2,7
XI	Maschinen, Apparate, mechanische Geräte und elektrotechnische Waren	17,8	39,8	31,2	20,7	23,7	26,2
84	Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte	11,3	30,8	22,0	14,9	14,0	17,8
85	Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und andere elektrotechnische Waren	6,5	9,0	9,2	5,8	9,8	8,4
XVII	Beförderungsmittel	10,8	7,5	2,5	8,0	3,4	6,0
87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge	9,3	4,7	2,2	6,9	3,0	5,0
XVIII	Optische, photographische oder kinematographische Instrumente, Meß-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente	0,6	9,0	5,3	2,9	4,1	4,1
XX	Verschiedene Waren	1,7	2,2	3,6	4,9	2,8	2,8
94	Möbel; medizinisch-chirurgische Möbel; Bettenausstattung usw.	1,6	1,6	3,2	4,6	1,6	2,2
Einfuhr insgesamt (vH der Einfuhr aus allen Ländergruppen)		25,8	14,5	25,4	7,4	26,9	100,0

<sup>a</sup>Es werden nur solche Kapitel (2-Stellen) der Kombinierten Nomenklatur angeführt, die bei mindestens einer Ländergruppe mindestens 3 vH zu den Exporten beitragen. Die Datenbank enthält keine Angaben für Kapitel 71 (Edelsteine und Edelmetalle).

Quelle: Datenbank Handelsstatistik der russischen Zollverwaltung.

Angesichts der industriellen Basis Rußlands wirft die Rohstofflastigkeit der russischen Ausfuhr die Frage auf, ob die gegenwärtige Wettbewerbschwäche der Verarbeitenden Industrie von Dauer sein und sich mittelfristig in einem Prozeß der Deindustrialisierung niederschlagen wird. Dies wird davon abhängen, ob die Inve-

stitutionen finanziert werden können, die für eine fortgesetzte Nutzung des vorhandenen Human- und Sachkapitals unter marktwirtschaftlichen Bedingungen erforderlich sind. Die erforderlichen Investitionen umfassen nicht nur die technologische Modernisierung von Produktionsanlagen, sondern z.B. auch die Erschließung von

Exportmärkten, Anpassung von Produkten an die Standards westlicher Märkte und Ausbildung von Personal. Solche langfristig angelegten Investitionen sind angesichts der Unsicherheit über die künftige Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung bisher offensichtlich wenig attraktiv.

Tabelle 5 — Regionalstruktur des Handels mit Staaten außerhalb der ehemaligen Sowjetunion (vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995 1. Halb- jahr
	<i>Exporte</i>					
OECD-Länder	37,4	70,0	61,0	60,4	68,1	64,2
Ehemalige RGW-Staaten	43,0	22,9	20,0	17,2	12,9	13,9
Übrige Staaten	19,5	7,0	19,0	22,2	19,0	22,0
	<i>Importe</i>					
OECD-Länder	39,1	68,5	61,7	60,9	69,4	73,4
Ehemalige RGW-Staaten	41,9	24,5	14,5	10,9	8,5	10,4
Übrige Staaten	19,0	6,9	23,8	28,2	22,1	16,2

Quelle: Michalopoulos und Tarr (1994), Gros und Dautrebande (1992: Tabelle 1.5), Arbeitsunterlagen des Außenwirtschaftsministeriums, Gosudarstvennyj Tamozennyj Komitet Rossijskoj Federacii (1995), eigene Berechnungen.

## b. Russische Handelspolitik gegenüber Drittländern

Die Außenhandelspolitik wurde im Zuge der Transformation in den letzten Jahren schrittweise liberalisiert. Im sowjetischen Wirtschaftssystem waren die Inlandspreise administrativ fixiert und von den Weltmarktpreisen abgeschottet. Der Außenhandel wurde über spezielle Außenhandelsunternehmen ohne unmittelbare Beteiligung der Produzenten abgewickelt. Obwohl in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre das staatliche Außenhandelsmonopol aufgeweicht wurde und die Produzenten selbst über einen Teil der Devisenerlöse verfügen konnten, blieb die Isolierung von den Auslandsmärkten erhalten. Der Zugang zum Außenhandel wurde für alle Wirtschaftssubjekte erst 1992 weitgehend freigegeben. Der Export von bestimmten Rohstoffen blieb bis Mitte 1995 jedoch wenigen lizenzierten Exporteuren vorbehalten.

Nach der Liberalisierung des Zugangs zum Außenhandel Anfang 1992 wurden zunächst Exportregulierungen eingeführt. Für einen Schutz russischer Wirtschaftszweige vor Importkonkurrenz bestand keine Veranlassung, da der russische Rubel nach der Freigabe des Wechselkurses Anfang 1992 gemessen an seiner Kaufkraftparität äußerst unterbewertet war und russische Produzenten so vor ausländischer Konkurrenz geschützt waren.<sup>7</sup> Der niedrige Außenwert des Rubels bedeutete jedoch einen großen Anreiz zum Export von Rohstoffen, da der Rubel-Gegenwert der Weltmarktpreise um ein Mehrfaches über den Inlandspreisen lag. Um eine ausreichende Versorgung des Inlandsmarktes zu den künstlich niedrig gehaltenen Preisen zu gewährleisten, wurden Exportsteuern auf zahlreiche Rohstoffe, insbesondere Energieträger, eingeführt. Hinzu kamen Exportquoten, um den Export auch bei kurzfristigen Schwankungen der Weltmarktpreise zu begrenzen, sowie eine besondere Lizenzpflicht für Exporteure, um eine Umgehung der Exportregulierungen zu erschweren. Nicht zuletzt wegen häufiger Änderungen und zahlreicher Ausnahmeregelungen blieb das Lizenz- und Quotensystem undurchsichtig und bot Spielraum für das Abschöpfen von ökonomischen Renten.

Die Preisdifferenz zwischen Weltmarkt und Inlandsmarkt hat sich seit 1992 bei allen Rohstoffen verringert und ist in vielen Fällen sogar ganz verschwunden. Dazu haben sowohl die kontinuierliche reale Aufwertung des Rubels als auch reale Erhöhungen der Inlandspreise beigetragen. Im Zuge der mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Strukturreformen wurden Mitte 1995 die verbliebenen Lizenzpflichten und Exportquoten abgeschafft. Mengemäßige Beschränkungen dürfen seitdem nur noch verhängt werden, wenn dies zur Erfüllung von internationalen Verpflichtungen Rußlands erforderlich ist (z.B. im Rahmen des Welttextilabkommens). Die Exportsteuern wurden zum 1. September 1995 deutlich gesenkt. Sie beziehen sich jetzt noch auf einige Nahrungsmittel (Fisch, Getreide, Ölfrüchte, Zucker) sowie Rohstoffe und rohstoffnahe Industriegüter (Erze, Energieträger, chemische Grundprodukte, Häute

und Felle, Zellulose und Holz, Eisen und Stahl, NE-Metalle).

Parallel zur realen Aufwertung des Rubels und der dadurch verbesserten Wettbewerbsposition von Importen auf dem russischen Inlandsmarkt nahmen auch die Forderungen nach Schutz vor Importkonkurrenz zu. Ein Importzolltarif mit noch niedrigen Sätzen wurde erstmals 1992 eingeführt; seitdem wurden die Zollsätze in mehreren Schritten erhöht. Seit Mitte des Jahres liegen die Zollsätze für die meisten Warengruppen in der Spanne bis 30 vH; für bestimmte Alkoholika, Autos und Waffen gelten zum Teil deutlich höhere Sätze. Der importgewichtete Durchschnittssatz liegt bei 13 vH und damit ungefähr doppelt so hoch wie in den meisten OECD-Staaten. Der Zolltarif weist eine Tarifeskalation auf, d.h., die Zölle auf viele Rohstoffe und Halbfertigwaren sind niedriger als die Zölle auf Fertigwaren, insbesondere Konsumgüter.

Die russische Außenhandelspolitik wird im Zuge der anstehenden Verhandlungen über den Beitritt Rußlands zur World Trade Organization (WTO) im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit den multilateralen Handelsabkommen überprüft werden. Nach der Abschaffung der mengenmäßigen Beschränkungen und der Lizenzpflicht für die Ausfuhr bestimmter Rohstoffe dürften im Bereich der Handelspolitik im engeren Sinne keine größeren Probleme auftreten. Allerdings wird Rußland seine Handelspartner überzeugen müssen, daß es nicht mehr als Staatshandelsland anzusehen ist; bei starkem staatlichem Einfluß auf den Außenhandel könnte die Regierung nämlich Importe diskriminieren, ohne formal auf handelspolitische Maßnahmen zurückgreifen zu müssen. Rußland wird also verdeutlichen müssen, daß die Betriebe unabhängig von ihrer Eigentumsform unter marktwirtschaftlichen Bedingungen operieren und der Staat keine direkten Einflußmöglichkeiten hat. Klärungsbedürftig ist außerdem die Form der regionalen Wirtschaftsintegration mit den GUS-Ländern. Bisher wurden zwar mehrere Abkommen über Zollunionen und Freihandelszonen in unterschiedlicher Zusammensetzung unterzeichnet; diese wurden aber nur unvollständig umgesetzt. Da regionale Abkommen grundsätzlich dem Prinzip der

Meistbegünstigung im multilateralen Handelssystem widersprechen und nur noch unter bestimmten, zunehmend strenger kontrollierten Bedingungen zulässig sind, ist eine Entscheidung über die angestrebte Form der Integration in Übereinstimmung mit Art. 24 GATT 1994 erforderlich.

### c. Außenhandelspolitik der OECD-Staaten gegenüber Rußland

Die bisherige Handelspolitik der OECD-Staaten gegenüber Rußland (und anderen GUS-Ländern) hebt sich in zweierlei Hinsicht von der gegenüber mittel- und osteuropäischen Reformländern ab. Zum einen werden im tarifären Bereich keine wechselseitigen Handelsabkommen geschlossen, die zu bilateralem Freihandel führen könnten. Intransparenz und eine noch hohe Kontrolldichte der russischen Handelspolitik sprechen aus OECD-Sicht gegen derartige Abkommen. OECD-Staaten bieten statt dessen bilaterale Kooperationsabkommen an, in deren handelspolitischem Teil nichtreziproke und damit zurücknehmbare Konzessionen wie Zollpräferenzen gewährt bzw. konsolidiert werden (sofern sie bereits vorher provisorisch vergeben wurden).

Zum anderen wird im wichtigeren nichttarifären Bereich Rußland (als Nicht-WTO-Mitglied) noch als ein Staatshandelsland behandelt. Dies führt dazu, daß bei der zentralen nichttarifären Maßnahme, dem Antidumpingverfahren, heimische Normalpreise anhand von Referenzländern geschätzt, nicht aber auf der Basis russischer Kosten ermittelt werden. Auch mengenmäßige Beschränkungen, sonst in der WTO geächtet, können gegenüber Rußland eingesetzt werden.

Die Konsequenzen dieser beiden Besonderheiten haben sich beispielhaft in den Handelsbeziehungen zwischen Rußland und seinem mit Abstand wichtigsten OECD-Handelspartner, der EU, niedergeschlagen.<sup>8</sup> Im Juli 1995 wurde von beiden Seiten ein Interimsabkommen über den handelspolitischen Teil eines Partnerschaftsabkommens unterzeichnet und in Kraft gesetzt, das verschiedene Konzessionen vorsieht. Auf der EU-Seite gehören dazu der Abbau mengenmäßiger Beschränkungen (mit Ausnahme der sensi-

blen Bereiche Agrar, Stahl, Textil und Uran) sowie die Konsolidierung der bereits gewährten Zugeständnisse nach dem System der allgemeinen Zollpräferenzen. Die drei neuen EU-Mitglieder übernehmen diese Politik, so daß sich für den Fall, daß die früheren Marktzugangsbedingungen für russische Exporte nach Österreich, Schweden und Finnland günstiger waren, eine Verschlechterung für Rußland ergibt. Sie dürfte aber mittelfristig, gemessen an den Perspektiven des Binnenmarktes, als weniger gravierend eingestuft werden.

Die kurzfristig nach Inkrafttreten des Interimsabkommens auftretenden Wirkungen sind bereits jetzt abzuschätzen, wenn man das gegenwärtige sektorale Angebotsprofil Rußlands als mittelfristig stabil annimmt. Der weitaus überwiegende Teil russischer Exporte unterliegt wegen seiner Rohstofforientierung keinen oder nur unbedeutenden Zollbarrieren. Nichttraditionelle Industriegüter, die von Zollpräferenzen profitieren könnten, sind nur zu einem sehr geringen Prozentsatz wettbewerbsfähig. Daher werden mit großer Wahrscheinlichkeit russische Exporte kaum von den Zollvergünstigungen profitieren können.

In den sensiblen Bereichen ist das Bild weniger eindeutig. Nicht ausgenutzte Quoten bei EU-Importen russischer Agrar- und Textilgüter deuten darauf hin, daß diese Restriktionen in der Vergangenheit nicht bindend waren — anders als bei den russischen Stahlexporten, die seit Ende 1994 einem Selbstbeschränkungsabkommen unterworfen sind. Im Rahmen dieses Abkommens sind die früher bindenden, einseitigen Quoten der EU erhöht worden.<sup>9</sup> Auf Drängen Deutschlands wurden ein Zuwachs der russischen Stahlexporte um 35 vH gegenüber der früheren EU-Quote und ein weiterer Anstieg um 15 vH von 1995 auf 1996 vereinbart. Einige rohstoffnahe Erzeugnisse wie Aluminium und Uran gehören ebenfalls zu den sensiblen Bereichen, in denen Rußland auf verbesserten Marktzugang in die EU drängt. An die Stelle der im Februar 1994 ausgelaufenen Aluminiumquoten trat eine weltweite Vereinbarung über Produktionsbeschränkungen. Bei Uran besteht ein informeller Importplafonds der EU (kein festes Kontingent wie im Fall der amerikanischen Uranimporte aus

Rußland), der mit der Euratom-Versorgungsagentur abgestimmt ist und zur Zeit die russischen Uranlieferungen auf 30 vH der EU-Gesamtimporte begrenzt. Die noch in Rußland bestehenden strategischen Reserven an Uran könnten eine Exportausweitung auch dann noch gewährleisten, wenn die Produktion eingeschränkt wird.

Spezielle EU-Quoten für die Einfuhr von bestimmten Industrieerzeugnissen nach passiver Veredelung fördern die Vergabe von Aufträgen von EU-Unternehmen auf eigene Rechnung an russische Unternehmen und binden diese an internationale Marktnetze und Qualitätsstandards. Im Handel der EU mit Rußland nimmt der Lohnveredelungsverkehr allerdings nur einen geringen Stellenwert ein. Der Umfang der EU-Importe lohnveredelter Produkte aus Rußland betrug 133 Mill. Ecu im Jahr 1993 und 185 Mill. Ecu im Jahr 1994. Der Anteil der Einfuhren nach passiver Lohnveredelung an den gesamten Industriegüterimporten betrug 2,6 vH im Jahr 1994 und lag damit deutlich unter den Vergleichswerten der mitteleuropäischen Reformländer (Slowakei: 12,8 vH; Polen: 22,3 vH). Deutet man Lohnveredelung als Indikator für eine internationale Kooperation auf Unternehmensebene, so zeigt sich eine nur schwach ausgeprägte Neigung von Firmen in Westeuropa, mit russischen Partnern zusammenzuarbeiten. Mehr als 80 vH der Lohnveredelungseinfuhren aus Rußland in die EU entfielen auf die Warengruppen Bekleidung und Bekleidungszubehör, anorganische chemische Erzeugnisse sowie Eisen und Stahl. Rußland nutzte bislang jedoch seine Exportmöglichkeiten bei weitem nicht aus. Die kritische Schwelle von 90 vH der insgesamt zugelassenen Importmenge wurde 1994 bei Textilien und Bekleidung nur bei 3 von 17 Veredelungsquoten sowie bei 3 von 35 weiteren Textilquoten erreicht (DIW 1995: 344).

Die Bedeutung von passiver Lohnveredelung im bilateralen Handel schwindet in dem Maße, wie ausländische Direktinvestitionen an die Stelle von Unteraufträgen treten und die heimischen Anbieter auch bei steigenden heimischen Wertschöpfungsanteilen international wettbewerbsfähig werden. Im wichtigsten Teilbereich, dem Textil- und Bekleidungshandel, dürfte die Be-

deutung des passiven Lohnveredelungsverkehrs zukünftig auch deshalb abnehmen, weil der Handel mit Textilerzeugnissen weltweit im Zuge der Uruguay-Runde liberalisiert wird. Spezielle Lohnveredelungsquoten werden dann überflüssig. Eine Förderung von Veredelungsaktivitäten wäre noch im Rahmen des Freizonenkonzepts möglich, demzufolge beim Import aus Freizonen nur die in der ausländischen Freizone erfolgte Wertschöpfung bezollt wird, oder durch gleichartige Förderung von ausländischen Montageaktivitäten ohne mengenmäßige Beschränkung (siehe die amerikanische Praxis der sogenannten Zollkapitel 98-Aktivitäten). Beide Regelungen könnten auch auf den EU-Import aus Rußland angewandt werden und wären aus Effizienzgründen einer Quotenregelung vorzuziehen.

Antidumpingverfahren werden auch nach Inkrafttreten des Interimsabkommens ein ständiger handelspolitischer Streitpunkt zwischen der EU und Rußland sein. Rußland wünscht die Anerkennung als Marktwirtschaft und die Ermittlung normaler Preise auf der Basis heimischer Preise und Kosten anstelle der Hinzuziehung von Daten aus Referenzländern. Die EU hat sich dieser Forderung mit Hinweis auf noch erhebliche staatliche Interventionen und die damit zusammenhängenden Verzerrungen bei der Verwendung heimischer Preis- und Kostendaten widersetzt.<sup>10</sup> Ebenso lehnt es die EU ab, der von Rußland behaupteten dynamischen Veränderung in der russischen Wirtschaftspolitik hin zur Marktwirtschaft dadurch Rechnung zu tragen, daß als Referenzzeitraum für die Prüfung von Dumpingklagen nicht — wie im GATT-Code und der EU-Gesetzgebung vorgesehen — die Preis- und Kostendaten für das Jahr zugrunde gelegt wird, das vor offizieller Einleitung des Verfahrens beendet wurde, sondern der aktuelle Zustand zum Zeitpunkt der Verhängung der Gegenmaßnahmen. Die EU hat statt dessen angeboten, etwaige zwischenzeitlich erfolgte Veränderungen in einer zweiten Wiederaufnahmeuntersuchung zu berücksichtigen, verlangt für eine derartige Untersuchung allerdings die Vorlage entsprechender Belege für Veränderungen. Dies wurde EU-Quellen zufolge im Falle der Untersuchungen über Dumping von Pottasche-Exporten aus Rußland, Weißrußland und der Ukraine

von den Anbietern dadurch verwehrt, daß sie sich weigerten, mit der EU im Rahmen einer förmlichen Wiederaufnahmeuntersuchung zu kooperieren. Schließlich hat die EU die von deutscher Seite geteilten Forderungen nach Konsultationen vor Einleitung von Antidumpingmaßnahmen mit dem Hinweis auf Intransparenz und Verzögerungen abgelehnt. Im Partnerschaftsabkommen ist eine derartige Konsultation jetzt vorgesehen.

Was die quantitative Bedeutung der gegen alle GUS-Anbieter verhängten Antidumpingmaßnahmen anlangt, so machten sie 1993 (letzte verfügbare Angabe) nur 0,7 vH der gesamten EU-Importe aus GUS-Ländern aus. Auch beschränkten sich die endgültigen Antidumpingmaßnahmen gegen russische Exporte Ende 1994 auf nur zehn rohstoffnahe Erzeugnisse (zumeist Düngemittel, Metalloxide, Roheisen und Ferrolegierungen). Dennoch ist der gesamtwirtschaftliche Schaden auch dann noch höher einzustufen, wenn von den Konsumentenverlusten und den Einbußen der Exporteure einmal abgesehen wird. Es besteht darüber hinaus die Gefahr, daß Antidumpingmaßnahmen auf Vorleistungen einem Kaskadenprozeß Vorschub leisten, in dessen Verlauf höhere Vorleistungspreise die Wettbewerbsfähigkeit der nachgelagerten Branchen beeinträchtigen, die dann ihrerseits Schutz vor Wettbewerbsverlusten in Dumpingklagen suchen. Die zunehmende Zahl von Antidumpingverfahren der EU im Fertigwarenereich spricht für diese These.

Handelspolitisch kontrovers werden in den EU-Rußland-Beziehungen im Bereich der Dienstleistungen die Ausgaben für eine spezielle russische Dienstleistung diskutiert: Satellitenträgerstarts. Wegen der unmittelbaren Konkurrenz mit dem europäischen Ariane-Programm fürchtet die Gemeinschaft einen ungleichen Wettbewerb und befürwortet daher nur eine kontrollierte Marktöffnung hin zur einer beschränkten Zahl von Starts ausländischer Satelliten mit russischen Trägerraketen. Dieses Angebot ist in dem 1992 paraphierten Abkommen zwischen der EU-Kommission und Rußland über russische Satellitenstarts enthalten, das aber noch nicht in Kraft gesetzt ist. Es entspricht auch nicht den Vorstellungen der russischen Seite, die sich diesen

Beschränkungen nicht unterwerfen, sondern sowohl die zahlenmäßige Beschränkung beseitigen als auch ihre Dienste außerhalb des ehemaligen sowjetischen Territoriums anbieten will.

Der gemeinsame Nenner in allen Teilaspekten handelspolitischer Konflikte mit Rußland ist die Befürchtung konkurrierender Unternehmen aus den westlichen Industriestaaten, daß die Preisbildung in russischen Unternehmen Kostenelemente wie Kapitalstockabschreibungen und kalkulatorische Risiken systematisch unberücksichtigt läßt und daher einem ruinösen Wettbewerb Vorschub leistet. Diese Sichtweise ist nur einzelwirtschaftlich verständlich, nicht aber gesamtwirtschaftlich vertretbar. Es käme einer gesamtwirtschaftlichen Nutzen-Kosten-Analyse auf der OECD-Seite näher, wenn man die als Folge von Antidumpingmaßnahmen entstehenden Verluste für Konsumenten und nachgelagerte Wirtschaftszweige berücksichtigen würde. Es besteht die begründete Vermutung, daß dann — zusammen mit der Anwendung der Zumutbarkeitsklausel bei geringfügigen Dumpingmargen („de minimis“-Klausel nach der Uruguay-Runde) — die Handelspolitik gegenüber Rußland erheblich liberaler gestaltet werden würde. Rußland kann zu einer derartigen Haltungsänderung dadurch entscheidend beitragen, daß es sich den Regeln der WTO unterwirft, der Organisation beiträgt und bislang geschützte Branchen dem internationalen Wettbewerb und einem nationalen Wettbewerbsrecht unterwirft. Dumpingvorwürfe könnten damit überzeugend entkräftet werden.

### **3. Handel mit den anderen GUS-Ländern und den baltischen Staaten**

#### **a. Umfang und Struktur**

Seit der Auflösung der Sowjetunion ist der Handel zwischen den ehemaligen Teilrepubliken stark zurückgegangen (Tabelle 1). Das reale Handelsvolumen zwischen Rußland und den anderen GUS-Ländern dürfte 1994 nur noch 30 vH des Niveaus von 1990 betragen haben. Im ersten Halbjahr 1995 hat sich das Handelsvolumen offenbar im Vergleich zum Vorjahr stabi-

lisiert. Unmittelbare Ursache für den Rückgang des Handels war die schlagartige Beseitigung der Handels- und Zahlungsmechanismen innerhalb der Sowjetunion. Marktwirtschaftliche Regelungen konnten kurzfristig nicht an ihre Stelle treten, so daß mindestens zwei Jahre lang ein institutionelles Vakuum bestand (Langhammer und Lücke 1995: 13). Der Wandel der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen machte einen bedeutenden Teil des früheren Warenaustausches, der auf enormen Disparitäten in den relativen Preisen und politisch bzw. militärisch motivierten Fehlallokationen beruhte, obsolet. Darüber hinaus mußte der in allen GUS-Ländern und in den baltischen Staaten seit Jahren anhaltende Rückgang von Produktion, Investitionen und privatem Verbrauch bei gleichzeitig hoher Inflation die zahlungsfähige Nachfrage und damit zwangsläufig auch den Handel beeinträchtigen.<sup>11</sup>

Bei der russischen Ausfuhr in die GUS-Länder dominieren Energieträger, chemische und metallurgische Erzeugnisse (Tabelle 3). Kapitalgüter stellten nur ein Sechstel der Gesamtexporte. Ihr Anteil an der Ausfuhr in die GUS-Länder ist zwar höher als an der Ausfuhr in die übrige Welt, aber das Gesamtvolumen ist mit 2,4 Mrd. Dollar gering. Bei der Einfuhr aus den GUS-Ländern spielten Maschinen und Ausrüstungen sowie Nahrungsmittel eine herausgehobene Rolle. Auf die Ukraine, Weißrußland und Kasachstan entfielen 88 vH des Handelsumsatzes mit den GUS-Ländern im ersten Halbjahr 1995.

Seit 1992 erzielt Rußland im Handel mit den GUS-Ländern hohe Überschüsse. Diese lagen 1992 bei 4,9 Mrd. Dollar, 1993 bei 5,6 Mrd. Dollar, 1994 bei 3,8 Mrd. Dollar und im ersten Halbjahr 1995 bei 2 Mrd. Dollar. Die Handelsbilanzüberschüsse sind insbesondere auf die Verbesserung der russischen Terms of Trade zurückzuführen, die vor allem aus der Annäherung der Exportpreise für Energieträger an das Weltmarktniveau resultierte. Bisher hat Rußland die Handelsbilanzüberschüsse der Partnerländer großenteils durch Kredite finanziert. Da Rußland zunehmend auf der Durchsetzung seiner Forderungen besteht, ist mittelfristig mit einer Verringerung des russischen Handelsbilanzüber-

schusses gegenüber den GUS-Ländern zu rechnen.

#### b. Handelspolitik und Zahlungssystem

Bis Mitte 1995 hat sich zwischen Rußland und den anderen GUS-Ländern ein weitgehend liberalisiertes Einfuhrregime durchgesetzt. Es bestehen aber Exportrestriktionen, die die teilweise noch regulierten Inlandsmärkte für einige Rohstoffe gegenüber den höheren Preisen im Intra-GUS-Handel abschirmen sollen. Darüber hinaus gibt es noch Überreste des staatlich regulierten Handels. So gelten weiterhin einzelne Regierungsabkommen, in denen für eine begrenzte Anzahl besonders wichtiger Handelsgüter Liefermengen festgelegt sind. Im ersten Halbjahr 1995 betraf dies bei den Exporten nur noch 4,1 vH der Ausfuhr und 6,7 vH der Einfuhr.<sup>12</sup> Erhebliche Restriktionen existieren nach wie vor im Handel zwischen Rußland und den baltischen Staaten. Bisher ist nicht einmal das Abkommen über die Gewährung der Meistbegünstigung in Kraft gesetzt. Die auf die Einfuhren aus den Baltischen Staaten angewandten Zollsätze betragen das Doppelte der Meistbegünstigungszollsätze.

Auch das Finanz- und Zahlungssystem wurde schrittweise den neuen Bedingungen und Erfordernissen angepaßt. Nach dem endgültigen Scheitern der Pläne zur Schaffung einer Rubelzone verfügen nunmehr alle GUS-Länder über eigene Währungen, die gegenüber dem russischen Rubel für laufende Transaktionen konvertibel sind. Gleichzeitig entstanden Devisenmärkte mit allerdings noch geringen Umsätzen, auf denen Anbieter und Nachfrager von Devisen (in der Regel Banken) die Wechselkurse im großen und ganzen frei bilden können. Der Zahlungsverkehr mit Kunden in den anderen GUS-Ländern, der bis 1993 ausschließlich über die Zentralbank vermittelt wurde, wird inzwischen selbständig von Geschäftsbanken abgewickelt. In kurzer Zeit ist bei ihnen und bei Partnerbanken in den anderen GUS-Ländern ein Netz von Korrespondenzkonten für zwischenstaatliche Zahlungen entstanden. Die Überweisungsfristen sind allerdings noch lang und die Transaktionskosten hoch.

Die Erneuerung der Handelsbeziehungen zu den übrigen GUS-Ländern im Rahmen einer Wirtschaftsunion gehört weiterhin zu den wichtigsten Zielen der russischen Außenwirtschaftspolitik (Ministerstvo ekonomiki Rossijskoj Federacii o.J.:136 ff.). Ausschlaggebend dafür sind neben den ökonomischen auch geostrategische Interessen und der Anspruch, gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung in den Ländern des nahen Auslands eine Schutzfunktion auszuüben. Eine Schlüsselrolle für die Schaffung der Wirtschaftsunion wird von der russischen Regierung dem am 9. September 1994 durch die Staatshäupter der GUS-Länder gebildeten Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitee (Mežgosudarstvennyj ekonomičeskij komitet — MEK) zugeordnet, das sich sowohl mit strategischen als auch mit unaufschiebbaren praktischen Problemen (z.B. der Transport-, Energieübertragungs- und Rohrleitungssysteme) befassen soll. Durch eine Vielzahl bereits abgeschlossener multilateraler Verträge<sup>13</sup> wurde der Rechtsrahmen für die internationalen Unternehmensaktivitäten ausgebaut. Vielfach werden die Vertragsverpflichtungen von den Teilnehmerstaaten, die kurzfristigen wirtschaftlichen und politischen Interessen den Vorzug geben, nur unvollständig eingehalten. Entscheidend ist dabei, daß kleinere GUS-Länder wegen des russischen Übergewichts eine Gefährdung ihrer Souveränität befürchten. Deshalb verläuft bisher die Gestaltung der Wirtschaftsunion langsam und widersprüchlich. Ein grundlegender Durchbruch in Richtung auf einen gemeinsamen Markt ist noch nicht gelungen (Ministerstvo Rossijskoj Federacii po sotrudničestvu s stranami-ucastnikami SNG 1995: 3).

Zur Zeit verspricht eher die Schaffung einer Zollunion zwischen Rußland, Kasachstan und Weißrußland Erfolg (*Handelsblatt* vom 3./4. Februar 1995: 10).<sup>14</sup> Vorgesehen ist die Vereinheitlichung der Zollgesetze der drei Staaten nach russischem Muster und ihre Anwendung gegenüber Drittstaaten. Ein Abstimmungsmechanismus, durch den die handelspolitischen Interessen der kleinen GUS-Länder ebenfalls Berücksichtigung finden könnten, wurde nicht vereinbart. Innerhalb der Union wird ein mengen- und zollfreier Waren- und Reiseverkehr angestrebt. Die Ukraine hat zwar ebenfalls ihr Interesse an der

Tabelle 6 — Ausgewählte Energiepreise in Rubel 1990–1994<sup>a</sup>

	Einheit	1990	1991	1992	1993	1994	1991	1992	1993	1994
		nominal (Rubel)					real <sup>b</sup> (1990=100)			
Erdöl (ab Bohrloch)	t	25	69	2572	22628	77000	115	209	186	154
Benzin (Großhandel)	t	195	205	8410	85905	320000	44	88	90	82
Diesel (Großhandel)	t	68	143	5950	75046	250000	88	178	227	184
Schweröl (Verbraucher)	t	34	78	3388	26893	100000	96	203	162	147
Erdgas (ab Pipeline)	1 000 cbm	22	45	1195	9008	50000	85	110	84	114
Heizkohle (Verbraucher)	t	12	38	959	8907	37000	132	162	152	154
Kokskohle (Verbraucher)	t	19	70	1852	17795	70000	154	198	192	184
Elektroenergie (Großhandel)	KWh	0,017	0,03	0,81	11,62	46	74	97	140	135
Fernwärme (Verbraucher)	Gkal	7	15	310	3983	12000	89	90	117	86

<sup>a</sup>Jahresdurchschnittswerte; ohne Mehrwertsteuer. — <sup>b</sup>Berechnet mit dem Erzeugerpreisindex.

Quelle: Mintopenergo, Centre for Economic Analysis of the Russian Government, Kommersant Publications. Zitiert nach: IEA (1995: 25).

Zollunion zum Ausdruck gebracht, wegen der Verknüpfung mit politischen und militärischen Verpflichtungen aber davon zunächst Abstand genommen.

#### 4. Bedeutung von Energieträgern

Die Deviseneinnahmen aus dem Export von Energie und Brennstoffen in Drittländer beliefen sich 1994 auf 21 Mrd. Dollar, was knapp 45 vH der gesamten russischen Exporte entsprach. Die Deviseneinnahmen aus Energie- und Brennstoffexporten trugen damit maßgeblich zum Überschuß der Handelsbilanz bei. Die Ressourcenlastigkeit der russischen Wirtschaft macht sie anfällig gegenüber exogenen Preisschocks.

Von der allgemeinen Preisliberalisierung zum 1. Januar 1992 blieben die Binnenpreise für Energieträger ausgenommen. Sie näherten sich seitdem schrittweise an das Weltmarktpreisniveau an (Tabelle 6 und 7). Der Erdölpreis wurde zwar 1994 freigegeben. Gleichzeitig wurden jedoch die Erdölexporte durch Quoten und Steuern begrenzt, um eine ausreichende Versorgung des Inlandsmarktes zu einem niedrigeren Preis als auf dem Weltmarkt zu gewährleisten. Die russischen Inlandspreise für Erdölprodukte variieren regional stark in Abhängigkeit vom Einzugsbereich der Raffinerien und liegen teilweise bereits über den entsprechenden Weltmarktpreisen. Der Inlandspreis für Erdgas wird weiterhin staatlich fixiert und liegt deutlich unter dem Weltmarkt-

niveau. Dabei werden private Haushalte weitaus stärker als Industriebetriebe subventioniert.<sup>15</sup>

Die Exportquoten für Erdöl wurden Anfang 1995 abgeschafft. Die Abschaffung der Exportzölle ist für Anfang 1996 im Gespräch. Durch die Liberalisierung der Exporte wird sich der Inlandspreis weiter dem Weltmarktpreis annähern. Dadurch werden Anreize für Energieeinsparungen verstärkt, so daß der bereits seit 1991 beobachtete Rückgang des Inlandsverbrauchs von Erdöl sich fortsetzen dürfte (Tabelle 8). Angesichts des hohen Energieeinsparpotentials können so zusätzliche Ressourcen für den Export

Tabelle 7 — Ausgewählte Energiepreise in Dollar<sup>a</sup> 1992–1994<sup>b</sup>

	Einheit	1992	1993	1994
Erdöl (ab Bohrloch)	t	11,6	24,4	35,0
Schweröl (Verbraucher)	t	15,3	29,0	45,5
Erdgas (ab Pipeline)	1 000 cbm	5,4	9,7	22,7
Heizkohle (Verbraucher)	t	4,3	9,6	16,8
Kokskohle (Verbraucher)	t	8,3	19,2	31,8
Fernwärme (Verbraucher)	Gkal	1,4	4,3	5,5
je t Erdöläquivalent				
Erdöl (ab Bohrloch)		11,6	24,4	35,0
Schweröl (Verbraucher)		14,7	27,8	43,6
Erdgas (ab Pipeline)		4,4	8,0	18,6
Heizkohle (Verbraucher)		7,2	16,0	28,0
Kokskohle (Verbraucher)		13,9	32,0	53,0
Fernwärme (Verbraucher)		14,0	42,9	54,5

<sup>a</sup>Berechnet mit Wechselkursen zum Dollar, für 1992: 222 Rubel, 1993: 928 Rubel, 1994: 2 200 Rubel. — <sup>b</sup>Jahresdurchschnittswerte; ohne Mehrwertsteuer.

Quelle: Mintopenergo, Centre for Economic Analysis of the Russian Government, Kommersant Publications. Zitiert nach: IEA (1995: 26).

freigesetzt werden. Demgegenüber ist eine Liberalisierung der Erdgasausfuhr oder eine Freigabe der Inlandspreise für Erdgas nicht vorgesehen. Schneller noch als die Inlandspreise wurden die Preise beim Rohstoffexport in die GUS-Länder an das Weltmarktniveau angeglichen. Daher gingen seit 1991 die Öl- und Gasexporte in die GUS-Länder mengenmäßig zurück. Dies ermöglichte es Rußland, trotz zurückgehender Produktion, die Ausfuhr von Öl und Gas in Drittländer zu steigern (Tabelle 8).

Mittel- bis langfristig können die Deviseneinnahmen aus dem Ressourcenexport nicht allein durch eine weitere Umlenkung zugunsten der Drittländermärkte auf Kosten der GUS-Länder und des Inlandsverbrauchs gesteigert werden. Erforderlich sind vielmehr umfangreiche Investitionen zur Sicherung der Produktion und der Transportwege. Die nachgewiesenen Reserven an Erdöl sind 1993 erstmals gesunken, weil zu geringe Mittel für die Exploration zur Verfügung standen. Die Ausweitung der Ölexporte hat bereits zu Transportengpässen geführt. Die Rentabilität der erforderlichen Investitionen kann nur gewährleistet werden, wenn eine vollständige Anpassung der inländischen Erzeugerpreise an das Weltmarktniveau zugelassen wird. Die Lösung der Transportprobleme kann auch dadurch erleichtert werden, daß die Streitigkeiten mit verschiedenen Nachbarländern über die Nutzung

von Pipelines für Öl und Gas über deren Territorium einvernehmlich geregelt werden.

Tabelle 8 — Energie: Produktion, Verbrauch und Handel 1990–1995

	1990	1991	1992	1993	1994	1995 <sup>b</sup>
	<i>Erdöl (Mill. t)</i>					
Produktion	516,0	462,0	399,0	353,0	316,0	307
Exporte insgesamt	220,3	174,4	141,7	127,5	123	.
Exporte in GUS <sup>a</sup>	120,6	117,4	75,5	47,6	37,8	.
Exporte in Drittländer	99,7	57,0	66,2	79,9	85,2	97
Importe insgesamt	18,8	18,1	10,7	10,5	6	.
Nettoexporte	201,5	156,3	131	117	117	.
Inlandsverbrauch	314,5	305,7	268,0	236,0	199,0	190
	<i>Erdölprodukte (Mill. t)</i>					
Produktion	292,1	284,2	247,5	217,5	180,9	180
Exporte	50,6	46,1	43	47,4	49	54
Importe	5,8	5,8	2,1	2,2	2,5	.
Nettoexporte	44,8	40,3	40,9	45,2	46,5	.
Inlandsverbrauch	247,3	243,9	206,6	172,3	134,4	.
	<i>Erdgas (Mrd. m<sup>3</sup>)</i>					
Produktion	641,0	643,0	641,0	618,0	607,0	595
Exporte insgesamt	249,2	246,8	195,1	179,7	181,1	186
Exporte in GUS <sup>a</sup>	153,2	155,8	106,1	78,8	76,1	.
Exporte in Drittländer	96,0	91,0	89,0	100,9	105,0	.
Importe insgesamt	70,0	69,0	7,0	4,0	4,0	.
Nettoexporte	179,2	177,8	188,1	175,7	177,1	.
Inlandsverbrauch	461,8	465,2	452,9	442,3	429,9	.
	<i>Steinkohle (Mill. t)</i>					
Produktion	258,0	242,6	210,4	193,1	175,7	.
Exporte insgesamt	49,2	37,4	40,5	27,2	22,7	17
Exporte in GUS <sup>a</sup>	29,2	19,9	15,6	7,5	5,3	.
Exporte in Drittländer	20,0	17,5	24,9	19,7	17,4	.
Importe insgesamt	52,3	45,2	40,7	28,7	22	.
Nettoexporte	-3,1	-7,8	-0,2	-1,5	0,7	.
Inlandsverbrauch	261,1	250,4	210,6	194,6	175,0	.

<sup>a</sup>Einschließlich Litauen. — <sup>b</sup>Schätzung.

Quelle: IEA (1995: 130, 143, 175, 191), Goskomstat Rossii (1995a: 10–11, 253).

## II. Integration in die internationalen Geld- und Kapitalmärkte

Die Integration Rußlands in die internationalen Geld- und Kapitalmärkte ist eine wichtige Voraussetzung für eine Ausweitung des Waren- und Dienstleistungshandels. Darüber hinaus kann die Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Mit der Transformation der Wirtschaftsordnung und der Öffnung der Volkswirtschaft sind einerseits große Teile des bestehenden Kapitalstocks entwertet und andererseits der Zugang zu neuen Märkten, neuen Technologien und Produktionsmöglichkeiten eröffnet worden.

Der Kapitalbedarf für eine Erneuerung des Kapitalstocks ist folglich hoch. Die internationalen Finanzmärkte können dazu beitragen, den Kapitalbedarf zu decken.

### 1. Wechselkursordnung und -politik

Mit der Einführung eines einheitlichen Wechselkurses und der Konvertibilität des Rubels für Leistungsbilanztransaktionen sind grundsätzlich wichtige Voraussetzungen für eine Integration in

die internationalen Geld- und Kapitalmärkte geschaffen worden. Am 1. Juli 1992 wurde ein einheitlicher Wechselkurs eingeführt, der täglich an der Moskauer Devisenbörse festgestellt wird. Zuvor galten verschiedene, überwiegend administrativ festgelegte Umtauschsätze. Neben der Moskauer Devisenbörse existieren weitere Devisenbörsen in den Regionen, die jedoch nur ein geringes Gewicht haben. Außerhalb der Devisenbörsen wird der Rubel vor allem an einem wachsenden Interbankenmarkt gehandelt. Die Zahl der lizenzierten Marktteilnehmer an der Moskauer Devisenbörse ist zwar beschränkt, inzwischen können aber alle bedeutenden Geschäftsbanken teilnehmen. Die monatlichen Umsätze an der Moskauer Devisenbörse sind von rund 320 Mill. Dollar im dritten Quartal 1992 auf rund 3,3 Mrd. Dollar im zweiten Quartal 1995 gestiegen; nach Einführung des Wechselkurskorridors im Juli 1995 fielen die Umsätze auf rund 1,5 Mrd. Dollar pro Monat. Die Zentralbank greift in die Kursbildung durch Käufe und Verkäufe von Rubeln ein. Die Interventionen der Zentralbank erreichten 1993 und 1994 mitunter bis zu 50 vH des monatlichen Umsatzes an den Devisenbörsen.

Mit der Vereinheitlichung der Wechselkurse wurde auch eine weitgehende Konvertibilität des Rubels für Leistungsbilanztransaktionen hergestellt. Im Juli 1992 wurden zunächst die meisten Beschränkungen für Leistungsbilanztransaktionen von Inländern aufgehoben. Seitdem weichen der Kurs an den Devisenbörsen und der Mittelkurs im Straßenhandel nicht mehr voneinander ab. Bis Juli 1995 mußten Exporteure zwar 50 vH ihrer Deviseneinnahmen innerhalb von 14 Tagen an den Devisenmärkten umtauschen, die Rubel konnten jedoch für Leistungsbilanztransaktionen jederzeit wieder in Devisen zurückgetauscht werden. Ausländer haben seit dem 16. Juli 1993 das Recht, Devisen in Rußland zu veräußern, und sie können grundsätzlich seit dem 1. September 1993 Devisen gegen Guthaben auf Rubelkonten erwerben. Der Devisenerwerb von Ausländern unterliegt zwar nach wie vor einigen Beschränkungen, aber im Hinblick auf Leistungsbilanztransaktionen kann der Rubel inzwischen als fast vollständig konvertibel betrachtet werden. Der Transfer von Bankgüt-

haben in das Ausland ist für In- und Ausländer grundsätzlich genehmigungspflichtig. Die Beschränkungen des Kapitalverkehrs erweisen sich jedoch als wenig wirksam, weil zahlreiche Möglichkeiten bestehen, die Kapitalverkehrskontrollen zu umgehen.<sup>16</sup>

Bis zur Einführung des Wechselkurskorridors am 6. Juli 1995 wurde ein „dirty floating“ praktiziert, d.h., es bestand ein System flexibler Wechselkurse mit einer am Devisenmarkt intervenierenden Zentralbank. Bereits seit längerem hatte die Regierung angekündigt, den Rubel nach einer Phase der Stabilisierung zu einem festen Wechselkurs an den Dollar zu binden (IMF 1992: 30). Für eine Fixierung des Wechselkurses fehlten aber zunächst alle Voraussetzungen. Deshalb war der Internationale Währungsfonds auch nicht bereit, einen bereits zugesagten Stabilisierungsfonds zur Verfügung zu stellen. Die Zentralbank versuchte den Rubelkurs durch gelegentliche Interventionen am Devisenmarkt zu stabilisieren. Wie die Rubelkrise vom Oktober 1994 gezeigt hat, trugen aber die Zentralbankinterventionen mitunter auch zu einer Destabilisierung des Kurses bei (DIW, IfW und IWH 1994: 822–823).

Insgesamt wertete der Rubel von Juli 1992 bis zur Einführung des Wechselkurskorridors real gegenüber dem Dollar um rund 360 vH auf.<sup>17</sup> Der in Dollar ausgedrückte Durchschnittslohn stieg im gleichen Zeitraum von 38 auf 116 Dollar.<sup>18</sup>

1992 hatten die hohe Ungewißheit über die politische und wirtschaftliche Entwicklung, die stark negativen Realzinsen und administrative Restriktionen zunächst zu einem Abfluß von Kapital und damit — gemessen an der Kaufkraftparität — zu einer starken Unterbewertung des Rubels geführt. So wurde der Rubel im Januar 1992 auf den Devisenauktionen nur zu rund 11 vH seiner Kaufkraftparität zum Dollar gehandelt.<sup>19</sup> Die schrittweise Annäherung an positive Realzinsen in den Jahren 1992 und 1993 sowie der Übergang zu überwiegend hohen Realzinsen in den Jahren 1994 und 1995 waren mit einer realen Aufwertung (bzw. dem Abbau der Unterbewertung) des Rubels verbunden (vgl. dazu DIW, IfW und IWH 1995: 14). Im Juni 1994 betrug der Wechselkurs des Rubels zum Dollar

bereits ein Drittel der Kaufkraftparität, bis Ende Oktober 1995 dürfte dieses Verhältnis einen Wert von reichlich der Hälfte erreicht haben.<sup>20</sup> Eine Passivierung der Handels- und Leistungsbilanz als Reaktion auf die reale Aufwertung des Rubels konnte bislang nicht beobachtet werden. Die Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse sind nach wie vor hoch. Diese Entwicklung kann u.a. dadurch erklärt werden, daß die Binnenpreise für Rohstoffe und Energie noch unter den Weltmarktpreisen liegen und Exportbeschränkungen abgebaut wurden. Mit der Verringerung von Exportzöllen zum 1. September 1995 sind diese Spielräume jedoch schon stark ausgeschöpft worden, so daß bei einer anhaltenden realen Aufwertung des Rubels mit einer Reaktion der Leistungsbilanz gerechnet werden muß. Die für 1996 diskutierte Verengung des Wechselkurskorridors sollte daher mit einer nominalen Abwertung des Rubels bzw. der Einführung eines „preannounced crawling peg“ verbunden werden. Dies würde auch die Spielräume für Zinssenkungen erweitern.

## 2. Direkt- und Portfolioinvestitionen

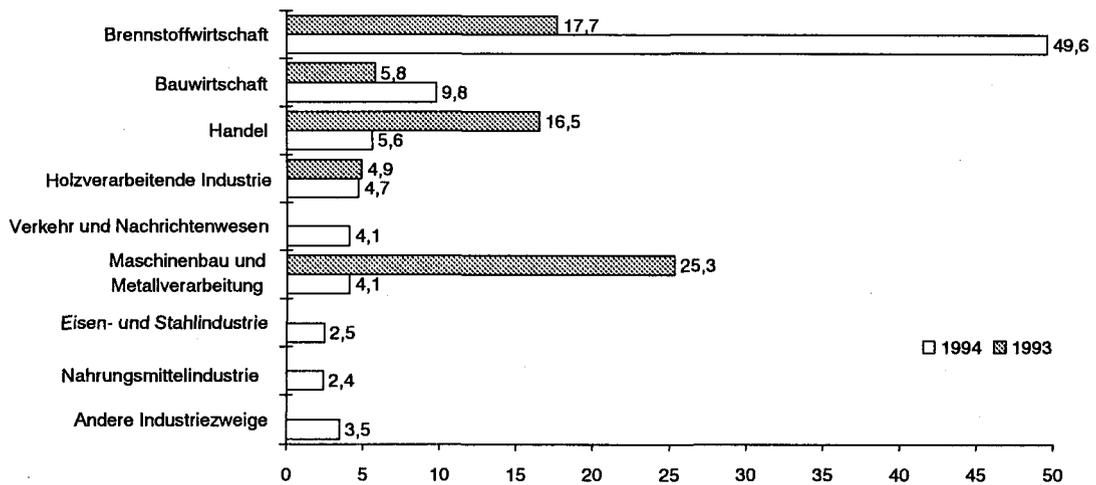
Die ausländischen Direktinvestitionen in Rußland erreichten 1994 einen Bestand von 2,8 Mrd. Dollar, das entspricht etwa 19 Dollar pro Kopf (BIZ 1995a: 45). Der Bestand an Direktinvestitionen bleibt damit weit hinter anderen ost-europäischen Transformationsländern zurück.<sup>21</sup> 1994 flossen Direktinvestitionen von 1,05 Mrd. Dollar nach Rußland, denen jedoch russische Direktinvestitionen im Ausland von 1,22 Mrd. Dollar gegenüberstanden (*Obsor Ekonomiki Rossii* 1995). 1993 hatten die Direktinvestitionen aus dem Ausland noch reichlich 2,6 Mrd. Dollar betragen und der Saldo der Direktinvestitionen +682 Mill. Dollar. Im ersten Quartal 1995 waren die ausländischen Direktinvestitionen in Rußland und die russischen Direktinvestitionen im Ausland mit 151 bzw. 152 Mill. Dollar nahezu ausgeglichen (unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der Zentralbank der Russischen Föderation).

Die ausländischen Direktinvestitionen konzentrieren sich bisher stark auf die Erdöl- und Erd-

gasindustrie. Auf die Brennstoffindustrie entfielen 1994 knapp die Hälfte, auf die Bauwirtschaft knapp 10 vH, auf die Holzverarbeitung knapp 5 vH und auf den Maschinenbau und die Metallverarbeitung rund 4 vH der ausländischen Direktinvestitionen (Schaubild 1). Insgesamt sind die ausländischen Direktinvestitionen für die Investitionstätigkeit von untergeordneter Bedeutung. 1994 betrug ihr Anteil an den gesamten Investitionen lediglich 2,2 vH, nach 9,2 vH im Jahr 1993. Einen nennenswerten Beitrag zu den Gesamtinvestitionen leisteten die ausländischen Direktinvestitionen 1994 lediglich in der Bauwirtschaft mit einem Anteil von 12,6 vH und im Handel mit einem Anteil von 12,2 vH an den Gesamtinvestitionen. In der kapitalintensiven Brennstoffwirtschaft betrug ihr Anteil dagegen nur 5,2 vH (Tabelle 9).

1994 flossen ausländische Portfolioinvestitionen in Höhe von 748 Mill. Dollar nach Rußland, denen russische Wertpapieranlagen im Ausland von 1 350 Mill. Dollar gegenüberstanden (Tabelle 10). 1992 und 1993 war noch ein positiver Saldo der Portfolioinvestitionen von 175 Mill. Dollar und 64 Mill. Dollar zu verzeichnen, im ersten Quartal 1995 stand einem Zugang von 250 Mill. Dollar ein Abgang von 278 Mill. Dollar gegenüber. Ausländer können von Investmentkonten (I-accounts), die bei der Zentralbank zu registrieren sind, Finanzinvestitionen in Rußland tätigen (Plus 1995: 21 f.). Etwa 80 vH des gesamten Umsatzes an den Aktienmärkten werden von ausländischen Anlegern getätigt. Sowohl die bis Oktober 1994 dauernde Hausse an den Aktienmärkten als auch der anschließende Kursverfall können deshalb im wesentlichen auf die Investitionsbereitschaft ausländischer Investoren zurückgeführt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nicht sämtliche Wertpapiertransaktionen zahlungsbilanzwirksam sind, vielmehr wird bereits importiertes Kapital angelegt. Der hohe Anteil ausländischer Anleger ist kein Anzeichen für eine hohe Verflechtung mit anderen Kapitalmärkten, sondern er ist auf die geringe Liquidität der russischen Aktienmärkte und die große Zurückhaltung inländischer Anleger zurückzuführen.

Schaubild 1 — Verteilung der ausländischen Direktinvestitionen auf die Wirtschaftsbereiche 1993 und 1994 (vH)



Quelle: Goskomstat Rossii (1995b), Government of the Russian Federation (1995a), eigene Berechnungen.

Tabelle 9 — Anteil ausländischer Direktinvestitionen an den Gesamtinvestitionen 1993 und 1994 (vH)

	1993	1994
Gesamtwirtschaft	9,2	2,2
Brennstoffindustrie	7,2	5,2
Bauwirtschaft	—	12,6
Handel	—	12,2
Holzverarbeitende Industrie	19,7	5,7
Verkehr und Nachrichtenwesen	—	1,1
Maschinenbau	—	2,6
Eisen- und Stahlindustrie	—	2,3
Nahrungsmittelindustrie	—	3,5

Quelle: Goskomstat Rossii (1995b: 301), Government of the Russian Federation (1995a: 92), eigene Berechnungen.

Tabelle 10 — Ausländische Portfolioinvestitionen 1992–1995 (Mill. Dollar)

	1992	1993	1994	1. Quartal 1995
Zugang	—	420	748	250
Abgang	—	356	1350	278
Saldo	175	64	-602	-28

Quelle: Unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der Zentralbank der Russischen Föderation.

Auf den Anleihemärkten spielen ausländische Anleger dagegen keine Rolle. Die festgelegte Obergrenze von 10 vH für eine Beteiligung ausländischer Investoren bei der Emission von An-

leihen wird nicht ausgeschöpft; die Beteiligung ausländischer Investoren kann auf weniger als 1 vH je Emission geschätzt werden. Angesichts einer jährlichen Realverzinsung von knapp 100 vH für kurzfristige Staatsanleihen (GKO) deutet das geringe ausländische Engagement auf eine ebenso geringe Verflechtung des russischen Kapitalmarktes mit den ausländischen Kapitalmärkten hin. Eine wichtige Rolle für die schwache Beteiligung ausländischer Anleger dürften die Inflations- und Wechselkursrisiken gespielt haben. Die Einführung des Wechselkurskorridors hat das Kursrisiko für ausländische Kapitalanleger erheblich verringert. Bei einer Zunahme von Kapitalzuflüssen dürfte die Rückkehr geflüchteten Kapitals eine größere Rolle als die Beteiligung von institutionellen Investoren aus dem Ausland spielen. Kurzfristig könnte sich der Saldo der Portfolioinvestitionen jedoch durch die Einführung von russischen Aktiengesellschaften an der New Yorker Börse, die Investitionen russischer Anleger nach sich zieht, verschlechtern (*Wall Street Journal Europe* vom 26. September 1995: 9).

Für die insgesamt geringen Zuflüsse ausländischen Kapitals in Form von Direkt- und Portfolioinvestitionen ist eine Reihe von Gründen, darunter die Instabilität der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, der geringe Grad der öffentlichen Sicherheit, die hohen und unstetigen

Inflationsraten, die starken Schwankungen der Wechselkurse sowie Probleme der Wertpapierverwahrung und der Mechanismen der Zahlungsabwicklung auf den Wertpapiermärkten, verantwortlich. Ausländische Investoren nennen in Umfragen politische Instabilität und Probleme bei der Repatriierung von Gewinnen als Hauptgründe für ein geringes Engagement.<sup>22</sup>

### 3. **Auslandsverschuldung als Integrationshemmnis?**

Im Kreditverkehr wies Rußland für 1993 einen negativen Saldo von knapp 1,9 Mrd. Dollar, für 1994 von knapp 8,1 Mrd. Dollar und allein im ersten Quartal 1995 von 4,4 Mrd. Dollar auf. 1992 konnte dagegen noch ein Überschuß von 8,7 Mrd. Dollar erreicht werden. Seitdem sind die Kreditauszahlungen an Rußland stark gesunken.<sup>23</sup> Die wachsende Auslandsverschuldung dürfte hierbei eine wichtige Rolle gespielt haben. Rußland hat zwar durch eine Erklärung im April 1993 die Haftung für die Auslandsverbindlichkeiten der früheren Sowjetunion übernommen, seit der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 wird jedoch nur noch ein kleiner Teil der ursprünglichen Fälligkeiten bedient. Dabei handelt es sich hauptsächlich um den Schuldendienst für die seit der Auflösung der Sowjetunion neu aufgenommenen Kredite sowie die im Rahmen von Umschuldungsabkommen eingegangenen Verpflichtungen. Insgesamt jedoch haben sich Zweifel an der Kreditwürdigkeit Rußlands ergeben, die den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten für staatliche Körperschaften und Unternehmen gleichermaßen erschwert haben.

#### a. **Umfang und Struktur der Verschuldung**

Die Auslandsverbindlichkeiten Rußlands in konvertiblen Währungen betragen Ende 1994 94,2 Mrd. Dollar,<sup>24</sup> das entspricht zum laufenden Wechselkurs knapp 35 vH des Bruttosozialprodukts und 160 vH der Waren- und Dienstleistungsexporte.<sup>25</sup> Für das Jahresende 1995 ist mit einem Anstieg dieser Verbindlichkeiten auf 109 Mrd. Dollar zu rechnen (Tabelle 11). Im

Vergleich zu anderen Transformationsländern<sup>26</sup> und Entwicklungsländern<sup>27</sup> nimmt Rußland damit einen mittleren Rang ein. Allerdings ist die Verschuldung in den vergangenen Jahren schnell gewachsen: Die Verbindlichkeiten der Sowjetunion in konvertiblen Währungen stiegen von 28,3 Mrd. Dollar im Jahr 1985 bis zu ihrer Auflösung Ende 1991 auf 67,6 Mrd. Dollar an; in den vier Jahren seit der Unabhängigkeit hat der Schuldenbestand um weitere 41,5 Mrd. Dollar zugenommen (Tabelle 11). Dies ist überwiegend auf die Kapitalisierung von Zinsen und nicht auf die Neuaufnahme von Krediten zurückzuführen. Das Verhältnis des fälligen Schuldendienstes zu den Waren- und Dienstleistungsexporten wuchs noch schneller als der Schuldenbestand; von 1990 bis 1994 stieg der Anteil des fälligen Schuldendienstes an den Waren- und Dienstleistungsexporten von 18 auf 35 vH (Tabelle 12).

Die Auslandsverbindlichkeiten setzen sich aus der Verschuldung der früheren Sowjetunion gegenüber Hartwährungsländern und den seit der Auflösung der Sowjetunion neu eingegangenen Verbindlichkeiten Rußlands zusammen. Hinzu kommen weitere Schulden der früheren Sowjetunion aus Transferrubelgeschäften gegenüber den Handelspartnern des früheren RGW.<sup>28</sup> Bislang sind erst mit einem Teil der betroffenen Länder Abkommen über den Umtausch und die Zahlungsmodalitäten der Verbindlichkeiten in Transferrubel getroffen worden. Ein Teil dieser Schulden wird von Rußland mit Warenlieferungen — insbesondere Energie- und Waffenlieferungen — beglichen. Die Verbindlichkeiten aus den Transferrubelgeschäften können für 1994 auf knapp 26 Mrd. Dollar und für 1995 auf 27 Mrd. Dollar geschätzt werden,<sup>29</sup> so daß sich ein Gesamtvolumen der Auslandsverschuldung von rund 120 Mrd. Dollar für Ende 1994 und von 136 Mrd. Dollar für Ende 1995 ergibt.

Auf Deutschland entfällt ein Anteil von etwa zwei Fünfteln der russischen Auslandsverbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen der staatlichen Kredite und der mit Hermes-Bürgschaften abgesicherten Kredite beträgt knapp 50 Mrd. DM, darunter entfallen allein auf die Hermes-Bürgschaften 36 bis 38 Mrd. DM. Die Forderungen von unversicherten Lieferanten einschließlich der

aufgelaufenen Rückstände für überfällige Zinszahlungen dürften sich auf 1,5 bis 2 Mrd. DM belaufen. Die Geschäftsbanken machen aus Wettbewerbsgründen keine Angaben über den Umfang ihrer ausstehenden Forderungen. Nach Informationen aus russischen Quellen betragen die nicht durch Hermes-Bürgschaften abgesicherten Kredite der Geschäftsbanken etwa 11 bis 12 Mrd. DM. Schließlich haben deutsche Anleger internationale Anleihen Rußlands erworben; der Umfang dieser Käufe kann auf 0,5 bis 1 Mrd. DM geschätzt werden. Die deutschen For-

derungen gegenüber Rußland in konvertiblen Währungen erreichen also eine Größenordnung von 63 bis 65 Mrd. DM (bzw. 45,3 bis 46,8 Mrd. Dollar). Hinzu kommen noch Verbindlichkeiten Rußlands gegenüber der DDR aus Transferrubelgeschäften über 6,3 Mrd. Transferrubel, auf die nach Vereinbarungen zwischen der deutschen und russischen Regierung bis zum Jahr 2002 kein Schuldendienst geleistet wird. Der Umtauschkurs und die Zahlungsmodalitäten für die Transferrubel-Verbindlichkeiten sind noch offen.

Tabelle 11 — Auslandsverschuldung in konvertiblen Währungen 1985–1995<sup>a</sup> (Mill. Dollar zum Jahresende)

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995 <sup>b</sup>
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	21396	23328	29736	30988	35742	48017	54972	64891	73108	80054	80637
Offizielle Kredite	369	408	1386	1915	2252	7453	11127	12648	27134	36248	.
Kredite von multilateralen Kreditgebern	—	—	107	188	214	439	413	538	1373	1606	.
Weltbank	—	—	—	—	—	—	—	—	367	922	.
Sonstige	—	—	107	188	214	439	413	548	1006	684	.
Kredite von bilateralen Kreditgebern	369	408	1278	1727	2038	7014	10714	12110	25761	34642	.
Private Kredite mit öffentlichen Garantien	21028	22920	28350	29073	33490	40564	43846	52243	45974	43806	.
Regierungsanleihen	0	0	0	347	1483	2005	1976	1853	1740	1889	.
Kredite von Geschäftsbanken	11914	13257	14792	15605	18205	18830	17151	17978	15261	15602	.
Anbieterkredite	6218	5549	8069	6830	3728	7057	7116	7673	5772	4692	.
Sonstige Privatkredite	2896	4115	5489	6291	10074	12673	17602	24738	23202	21623	.
Private Kredite ohne öffentliche Garantien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	.
Inanspruchnahme von IWF-Fazilitäten	—	—	—	—	—	—	—	989	2469	4198	8970
Kurzfristige Verbindlichkeiten	6900	7400	8600	11200	18200	11800	12618	13112	8312	9981	12780
darunter:											
Überfällige Zinszahlungen auf mittel- und langfristige Kredite gegenüber offiziellen Kreditgebern	—	—	—	—	500	4500	4818	4412	2912	5281	.
gegenüber privaten Kreditgebern	—	—	—	—	500	4500	4818	3903	2219	4095	.
Gesamter Schuldenbestand <sup>c</sup>	28296	30728	38336	42188	53942	59817	67590	78992	83888	94232	109048
Nachrichtlich:											
Zahlungsrückstände	—	—	—	—	500	4500	4976	11027	10043	19468	.
Überfällige Tilgungszahlungen auf mittel- und langfristige Kredite	—	—	—	—	—	—	158	6615	7131	14187	.
Offizielle Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	4	283	368	989	.
Private Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	153	6332	6762	13197	.
Überfällige Zinszahlungen auf mittel- und langfristige Kredite	—	—	—	—	500	4500	4818	4412	2912	5281	.
Offizielle Kreditgeber	—	—	—	—	0	0	0	509	692	1186	.
Private Kreditgeber	—	—	—	—	500	4500	4818	3903	2219	4095	.
Umschuldungsvereinbarungen	—	—	—	—	—	—	—	—	14498	7999	.
Tilgungszahlungen	—	—	—	—	—	—	—	—	9227	5312	.
Offizielle Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	—	—	268	334	.
Private Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	—	—	8960	4978	.
Zinszahlungen	—	—	—	—	—	—	—	—	4334	2234	.
Offizielle Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	—	—	391	753	.
Private Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	—	—	3943	1480	.
Exportkredite	—	—	—	—	—	—	—	4638	11643	—	.

<sup>a</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Werte. — <sup>b</sup> Schätzung. — <sup>c</sup> 1994 ohne Verschuldung gegenüber den früheren RGW-Ländern in Höhe von rund 27 Mrd. Dollar.

Quelle: World Bank (1994), unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der Weltbank, eigene Berechnungen.

Tabelle 12 — Verschuldungsindikatoren 1990–1994

	1990	1991	1992	1993	1994
	<i>vH des BSP</i>				
Auslandsverschuldung	9,9	13,2	22	26,2	34,8
Fälliger Schuldendienst	2,4	2,5	2,2	5,1	7,6
Geleisteter Schuldendienst	2	2,6	0,4	0,7	1,4
Geleistete Zinszahlungen	0,6	0,8	0,1	0,2	0,5
	<i>vH der Waren- und Dienstleistungsexporte<sup>a</sup></i>				
Auslandsverschuldung	73,8	124,2	186	162	160,5
Fälliger Schuldendienst	18	23,7	18,3	31,7	35,1
Geleisteter Schuldendienst	14,6	24,8	3,1	4,5	6,2
Geleistete Zinszahlungen	4,8	7,5	0,8	1,5	2,4

<sup>a</sup>Ohne den Außenhandel mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Quelle: World Bank (1994), unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der Weltbank, eigene Berechnungen.

Den Verbindlichkeiten Rußlands stehen Forderungen in konvertiblen Währungen und aus Valutarubelgeschäften gegenüber. Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hatte Rußland 1994 Forderungen gegenüber den berichtspflichtigen Ländern in Höhe von 10,3 Mrd. Dollar (BIZ 1995b). Von der Sowjetunion hat Rußland Forderungen über reichlich 100 Mrd. Valutarubel übernommen, die sich überwiegend aus Krediten für Warenexporte zusammensetzen. Die eine Hälfte dieser Forderungen entfällt auf Länder des früheren RGW, insbesondere Kuba, die Mongolei und Vietnam, die andere Hälfte auf Entwicklungsländer, insbesondere Äthiopien, Afghanistan, Indien, Irak, Nicaragua und Syrien. Zu welchem Kurs Valutarubel in konvertible Währungen umgerechnet werden sollen, ist eine offene Frage. Der offizielle Kurs der Valutarubel wurde von der sowjetischen Zentralbank an einen Korb von sechs konvertiblen Währungen gebunden, bei dem sich für 1994 ein Gesamtvolumen der Forderungen von rund 166 Mrd. Dollar ergeben würde (Schochin 1994). Ein Abkommen über den Umtauschkurs der Valutarubel und die Zahlungsmodalitäten konnte bislang erst mit wenigen Schuldnerländern erreicht werden. Die Mehrzahl der Schuldnerländer bedient die Schulden nicht und ist aufgrund von Zahlungsbilanzproblemen auch nicht in der Lage, den Schuldendienst zu leisten. Der überwiegende Teil der Forderungen Rußlands aus den Geschäften in Valutarubel muß deshalb

als uneinbringlich betrachtet werden. So konnte Rußland 1994 für solche Kredite bei fälligen Zins- und Tilgungszahlungen in Höhe von 12,9 Mrd. Dollar nur Zahlungen in Höhe von 145 Mill. Dollar realisieren.

Seit der Auflösung der Sowjetunion sind die Forderungen aus Zahlungsrückständen schnell angewachsen. 1994 wurden fällige Rechnungen aus Warenverkäufen in Höhe von 2,2 Mrd. Dollar nicht beglichen, allein im ersten Quartal 1995 blieben Forderungen in Höhe von 2,6 Mrd. Dollar offen. Der größte Teil dieser Zahlungsrückstände entfällt auf Warenlieferungen an andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion (insbesondere für Rohstoffe und Energie).<sup>30</sup> Die Einbringlichkeit dieser Forderungen ist zweifelhaft. Nach Plänen der russischen Regierung soll ein Teil der Forderungen gegenüber Ländern der GUS durch Debt-Equity-Swaps beglichen werden (Medvedev 1995, Vasil'čuk 1994). Zugleich versucht sie zu erreichen, daß der Internationale Währungsfonds die Rückzahlung von offenen Verbindlichkeiten an Rußland in die Konditionalität zur Gewährung von Krediten an die anderen GUS-Länder aufnimmt (*vwd-Rußland* vom 18. Oktober 1995).

## b. Umschuldungsvereinbarungen

Derzeit besteht das russische Verschuldungsproblem weniger in der Höhe als in der Fristigkeit der Auslandsverbindlichkeiten. Nach Berechnungen der Weltbank beträgt der ursprünglich fällige Schuldendienst gegenwärtig allein für die Verbindlichkeiten in konvertiblen Währungen etwa 20 Mrd. Dollar pro Jahr, von dem der überwiegende Teil auf Tilgungszahlungen entfällt (Tabelle 13). Bei gegebenen Laufzeiten wird der Schuldendienst ohne eine Umschuldung bis zur Jahrtausendwende nicht wesentlich unter das gegenwärtige Niveau sinken. Angesichts von Warenexporten von knapp 70 Mrd. Dollar und einem positiven Saldo der Handelsbilanz und der Nicht-Faktordienstleistungen von zusammen reichlich 6 Mrd. Dollar (1994)<sup>31</sup> kann Rußland diesen Schuldendienst nicht leisten. Zu berücksichtigen ist auch, daß der überwiegende Teil der Schulden auf den Staat und nicht den Unternehmenssektor entfällt. Der Staat kann jedoch nicht

Tabelle 13 — Ausgezählte Kredite und Schuldendienst 1985–1994<sup>a</sup> (Mill. Dollar zum Jahresende)

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Kreditauszahlungen	11600	6021	11799	11183	16571	6578	13893	14512	5842	3322
Langfristige Kredite	4700	5521	10599	8583	10071	16978	13393	12600	4936	2278
Offizielle Kredite	40	5	937	640	413	4876	3966	1997	1154	876
Multilaterale Kreditgeber	—	—	97	94	21	201	3	181	1006	392
Bilaterale Kreditgeber	40	5	840	546	392	4675	3962	1816	148	484
Private Kredite mit öffentlichen Bürgschaften	4660	5516	9662	7943	9658	12103	9428	10603	3782	1402
Anleihen	—	—	—	354	1028	310	0	0	0	0
Geschäftsbanken	3443	4126	6058	4826	3924	506	580	1601	102	0
Lieferantenkredite	700	455	2559	838	486	8131	2198	32	22	12
Sonstige	517	935	1045	1925	4221	3155	6649	8970	3658	1390
Private Kredite ohne öffentliche Garantien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IWF-Fazilitäten	—	—	—	—	—	—	—	1013	1506	1544
Kurzfristige Kredite	6900	500	1200	2600	6500	-10400	500	900	-600	-500
Fälliger Schuldendienst	-4650	-7186	-7895	-7406	-8105	-14584	-12912	-7763	-16394	-20632
Geleisteter Schuldendienst	-5465	-7890	-8753	-8257	-9106	-11825	-13495	-1305	-2331	-3661
Tilgungszahlungen	-3110	-5536	-6181	-5411	-5501	-7942	-9392	-948	-1558	-2277
Offizielle Kredite	-14	-24	-37	-51	-115	-181	-150	-152	-166	-262
Private Kredite mit öffentlichen Garantien	-3096	-5512	-6143	-5360	-5386	-7761	-9242	-796	-1392	-2015
Private Kredite ohne öffentliche Garantien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zinszahlungen	-2355	-2354	-2572	-2845	-3605	-3884	-4103	-357	-773	-1383
Langfristige Kredite	-1540	-1649	-1714	-1995	-2104	-2642	-3044	-357	-681	-1208
Offizielle Kredite	-17	-26	-30	-58	-87	-116	-363	-59	-65	-492
Private Kredite mit öffentlichen Garantien	-1523	-1623	-1684	-1937	-2017	-2526	-2681	-298	-616	-716
Private Kredite ohne öffentliche Garantien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IWF	—	—	—	—	—	—	—	—	-78	-175
Kurzfristige Kredite	-815	-705	-858	-850	-1501	-1242	-1058	—	-14	0
Nettoaussahlungen	6136	-1870	3046	2926	7465	-5247	398	13207	3511	-339

<sup>a</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Werte.

Quelle: World Bank (1994), unveröffentliche Arbeitsunterlagen der Weltbank, eigene Berechnungen.

beliebig auf die Exportüberschüsse der Unternehmen zugreifen, um seine Schulden gegenüber dem Ausland zu tilgen.

Während die Sowjetunion ihre Auslandsschulden bis 1989 noch pünktlich bedient hat, wurde der Schuldendienst seit der Auflösung der Sowjetunion stark reduziert. So wurden 1994 von einem fälligen Schuldendienst in Höhe von 20,6 Mrd. Dollar nur Zahlungen von 3,7 Mrd. Dollar geleistet.<sup>32</sup> 1992 standen einem fälligen Schuldendienst von 7,8 Mrd. Dollar noch ausgezahlte Kredite von 14,5 Mrd. Dollar gegenüber, 1993 überstiegen die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen die ausgezahlten Kredite um 10,6 Mrd. Dollar und 1994 um 17,3 Mrd. Dollar.

Von den Verbindlichkeiten Rußlands entfallen auf die im Pariser Club zusammengeschlossenen offiziellen Kreditgeber<sup>33</sup> zum Jahresende 1995 rund 74 Mrd. Dollar.<sup>34</sup> Nachdem Rußland die Haftung für die Auslandsverbindlichkeiten der

Sowjetunion übernommen hatte, konnte am 2. April 1993 ein erstes Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club erreicht werden. Im Rahmen dieses Abkommens wurden der Schuldendienst aus Verbindlichkeiten der früheren Sowjetunion, die vor dem Stichtag des 1. Januar 1991 aufgenommen und die 1992 und 1993 fällig wurden, umgeschuldet und ein Teil der fälligen Zinszahlungen kapitalisiert. Darüber hinaus wurde auch der Schuldendienst aus Krediten, die im Laufe des Jahres 1991 aufgenommen worden waren, in das Umschuldungsabkommen einbezogen. Insgesamt belief sich das gesamte Umschuldungsvolumen auf rund 15 Mrd. Dollar. In einem zweiten Abkommen mit dem Pariser Club vom 4. Juni 1994 wurden ebenfalls der fällige Schuldendienst aus vor dem Stichtag vom 1. Januar 1991 aufgenommen Krediten umgeschuldet sowie 60 vH der Zinsen für den 1993 umgeschuldeten Schuldendienst und 40 vH der Zinsen

für den 1994 umgeschuldeten Schuldendienst kapitalisiert. Das Umschuldungsvolumen betrug rund 7,1 Mrd. Dollar. Am 5. Juni 1995 schließlich wurde in einem dritten Abkommen die Umschuldung des 1995 fälligen Schuldendienstes über 6,4 Mrd. Dollar vereinbart. Rußland hat inzwischen Verhandlungen mit dem Pariser Club über eine langfristige Neustrukturierung der Auslandsverschuldung aufgenommen, die jährliche Umschuldungsverhandlungen ersetzen soll (*Omri Daily Digest* vom 9. Oktober 1995). Die russische Seite strebt ein Abkommen an, das fünf bis sieben tilgungsfreie Jahre und eine weitgehende Kapitalisierung der fälligen Zinsen vorsieht. Die Tilgung soll auf 25 Jahre gestreckt werden. In den Verhandlungen mit dem Pariser Club wurde bereits eine grundsätzliche Vereinbarung über die Umschuldung erreicht, der genaue Zeitplan ist jedoch noch offen (*vwd-Rußland* vom 10. Oktober 1995).

Deutschland hat als größter Gläubiger im Rahmen des ersten Abkommens mit dem Pariser Club einer Umschuldung über 8,9 Mrd. DM, im Rahmen des zweiten Abkommens über 4,2 Mrd. DM und im Rahmen des dritten Abkommens über 5 Mrd. DM zugestimmt. Der deutsche Anteil an dem gesamten Umschuldungsvolumen lag damit zwischen 35 und 56 vH. Im Rahmen der Umschuldungsabkommen wurden Zinssätze, die sich an Bundesanleihen gleicher Laufzeiten orientieren, festgelegt.

Mit den 600 im Londoner Club zusammengeschlossenen Gläubigerbanken wurden am 16. November 1995 die Grundsätze für ein langfristiges Umschuldungsabkommen vereinbart. Nach den Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) entfielen auf die berichtspflichtigen Kreditinstitute 1994 russische Verbindlichkeiten von knapp 46 Mrd. DM, denen Forderungen russischer Anleger in Höhe von 10,3 Mrd. Dollar gegenüberstanden (BIZ verschiedene Ausgaben). Ein Teil dieser Kredite ist durch staatliche Exportbürgschaften der Geberländer abgesichert und deshalb nicht Gegenstand der Verhandlungen im Londoner Club. Die Verbindlichkeiten Rußlands gegenüber dem Londoner Club belaufen sich auf 25,5 Mrd. Dollar; hinzu kommen Zinsrückstände in Höhe von weiteren 7 Mrd. Dollar, so daß sich eine Gesamt-

verschuldung von 32,5 Mrd. Dollar ergibt (*Handelsblatt* vom 9. März 1995; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. März 1995). Die russische Regierung hatte für die Verbindlichkeiten der früheren Sowjetunion gegenüber den Geschäftsbanken ab März 1992 zunächst keinen Schuldendienst mehr geleistet. Die Geschäftsbanken haben daraufhin einem Zahlungsaufschub für die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen, der vierteljährlich verlängert wurde, zugestimmt. Der Zinssatz für den überfälligen Schuldendienst lag etwa drei Viertel Prozentpunkte über dem Zinssatz am Interbankenmarkt (Libor). Im Rahmen des Umschuldungsabkommens mit dem Londoner Club ist eine Frist von 25 Jahren für die Tilgung der Schulden von 25,5 Mrd. Dollar vereinbart worden, von denen die ersten sieben Jahre tilgungsfrei sind. Von den aufgelaufenen Zinsrückständen sind 500 Mill. Dollar an die Bank von England als Treuhänder überwiesen worden, weitere 1,5 Mrd. Dollar sollen bis Ende 1996 bezahlt werden. Die verbleibenden Zinsrückstände werden durch die Ausgabe von variabel verzinslichen Staatsanleihen (Floating Rate Notes) kapitalisiert. Der Zinssatz für die umgeschuldeten Kredite liegt 0,8125 vH über den Zinssätzen am Interbankenmarkt (*Financial Times* vom 17. November 1995). Mit den Vertretern von Unternehmen, deren Forderungen nicht durch Exportbürgschaften der Herkunftsländer abgesichert wurden, sind ebenfalls Verhandlungen aufgenommen worden, deren Abschluß von den Ergebnissen der Verhandlungen im Pariser und Londoner Club abhängen.

Bis zu dem Abschluß eines Umschuldungsabkommens mit dem Londoner Club blieb für Rußland der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten weitgehend verschlossen. Öffentliche Anleihen der russischen Regierung konnten auf den internationalen Finanzmärkten nicht aufgelegt werden und Kreditbürgschaften des russischen Staates waren solange von geringem Wert, wie bestehende Verpflichtungen nicht eingelöst wurden. 1995 haben einige Regionen Rußlands Kredite im Ausland aufgenommen,<sup>35</sup> und das teilprivatisierte Unternehmen Lukoil hat eine internationale Wandelanleihe aufgelegt. Diese Fälle sind jedoch Ausnahmen; insgesamt stellen private Kreditgeber nur noch in geringem Umfang

Finanzierungen bereit. Nach Abschluß und Ratifizierung (voraussichtlich im 1. Halbjahr 1996) des Abkommens mit dem Londoner Club ist jedoch damit zu rechnen, daß Regierung und Unternehmen sich in größerem Umfang auf den internationalen Kapitalmärkten finanzieren. Die russische Regierung plant, 1996 37 vH des erwarteten Budgetdefizits von rund 19 Mrd. Dollar durch internationale Anleihen und Kredite zu finanzieren (*Financial Times* vom 17. November 1995). Die Emission einer Anleihe über 2 Mrd. Dollar ist bereits in Vorbereitung (*vwd-Rußland* vom 19. Oktober 1995).

Die langfristige Umstrukturierung der Auslandsverbindlichkeiten ist grundsätzlich eine realistische Strategie zur Lösung des russischen Verschuldungsproblems. Aus der Perspektive der Zahlungsbilanz können bei gegebenem Verschuldungsstand die fälligen Zinszahlungen aus den Exporterlösen erwirtschaftet werden, während für die Tilgungszahlung eine langfristige Umstrukturierung notwendig ist. Ein Zahlungsaufschub für die Zinsen ist aus dieser Sicht angesichts eines Ausfuhrüberschusses der Waren- und Nicht-Faktordienstleistungsexporte von reichlich 6 Mrd. Dollar im Jahr 1994 nicht erforderlich, auch nicht für die Zinsen auf Altkredite. Der überwiegende Teil der Auslandsverbindlichkeiten ist jedoch beim Staat konzentriert, der nicht über die notwendigen Mittel zur Begleichung der fälligen Zinsen verfügt. Der von der russischen Seite im Pariser Club angestrebte und im Londoner Club vereinbarte siebenjährige Zahlungsaufschub für die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen erklärt sich aus der Einnahmeschwäche der öffentlichen Haushalte. Gegenwärtig sind einerseits die Voraussetzungen für eine Erhöhung der Steuereinnahmen und damit für die Zahlung der fälligen Zinsen nicht gegeben. Andererseits ist auch ein Aufschub der Zinszahlungen eine riskante Strategie, weil damit die Auslandsverschuldung weiter wächst und sich die künftigen Belastungen vergrößern. Es ist deshalb für die Lösung des Verschuldungsproblems von entscheidender Bedeutung, daß die Staatseinnahmen, insbesondere durch die Besteuerung des Rohstoffsektors, schnell erhöht werden.

### c. Rolle der multilateralen Finanzinstitutionen

Unter den Kreditgebern Rußlands kommt den multilateralen Finanzinstitutionen, insbesondere dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, ein zunehmendes Gewicht zu. Rußland wurde im Sommer 1992 Mitglied von Internationalem Währungsfonds und Weltbank; die Sowjetunion hatte nach dem G-7-Gipfel 1990 bereits Assoziationsabkommen über die technische Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und anderen internationalen Organisationen abgeschlossen. Der Internationale Währungsfonds hat Rußland seitdem durch einen Beistandskredit über 719 Mill. Sonderziehungsrechte (SZR), zwei Zuteilungen im Rahmen der Systemübergangsfazilität (STF)<sup>36</sup> über 2,2 Mrd. SZR sowie einen von April 1995 bis April 1996 laufenden Beistandskredit über 4,3 Mrd. SZR unterstützt, so daß sich insgesamt Zusagen über 7,2 Mrd. SZR (11,3 Mrd. Dollar) ergeben, von denen 5,4 Mrd. SZR (8,5 Mrd. Dollar) bis einschließlich Oktober 1995 ausgezahlt wurden.<sup>37</sup> Für 1996 wird die Auflage einer Erweiterten Fonds-Fazilität (EFF) zur mittelfristigen Unterstützung des Transformationsprozesses geplant. Der Internationale Währungsfonds war an der Entwicklung der russischen Regierungsprogramme beteiligt und hat die Auszahlung seiner Kredite an die Erfüllung einer Reihe geld-, fiskal- und ordnungspolitischer Ziele gebunden. Nachdem das 1994 vereinbarte Stabilisierungsprogramm an seiner unzureichenden Implementierung gescheitert war, ging der Internationale Währungsfonds zu einer monatlichen Überwachung des Reformprogramms über.

Die Kreditzusagen der Weltbank beliefen sich im August 1995 auf 4,6 Mrd. Dollar, von denen 753 Mill. Dollar ausgezahlt wurden. Die insgesamt 19 Kreditprogramme der Weltbank entfallen auf die Sanierung von Unternehmen (26 vH), die Bereiche Energie (26 vH), Infrastruktur (22 vH), Finanzsektor- und Unternehmensreform (11 vH), Landwirtschaft (7 vH), Umwelt (4 vH), Sozialsysteme (2 vH) und technische Zusammenarbeit (2 vH). Die zur Weltbankgruppe gehörende

International Finance Corporation (IFC) hält ein Investitionsportfolio von 261 Mill. Dollar in Rußland; die Kreditversicherungsagentur der Weltbankgruppe, MIGA, hat Investitionsprojekte über rund 10 Mill. Dollar abgesichert.

Die Vereinbarungen mit den multilateralen Finanzinstitutionen haben — über das reine Volumen der Kredite hinaus — eine zentrale Bedeutung durch ihre Signalfunktion für die Geld- und Kapitalmärkte sowie andere offizielle Kreditgeber. Durch den hohen Beitrag der multilateralen Finanzinstitutionen zur Finanzierung des russischen Haushaltsdefizits im Jahr 1995 ist das Gewicht der multilateralen Finanzinstitutionen noch verstärkt worden. Die Auszahlung ihrer Kredite ist zu einer wichtigen Voraussetzung für die makroökonomische Stabilisierung geworden. Die Abhängigkeit der Glaubwürdigkeit der Regierung von Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds zeigte sich 1995 an der Entwicklung der Risikoprämien für Regierungsanleihen: Während im Dezember 1994 die Zinssätze für Regierungsanleihen noch um reichlich 100 Prozentpunkte p.a. über den Zinssätzen am Interbankenmarkt lagen, fielen die Zinssätze der Staatsanleihen nach Abschluß der Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds Ende März unter die Zinssätze am Interbankenmarkt.

#### d. Kapitalflucht

Obwohl in Rußland ein erheblicher Kapitalbedarf besteht, waren in den letzten Jahren starke

Kapitalabflüsse zu beobachten. Dazu dürfte fehlendes Vertrauen in die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landes beigetragen haben. Eine weitgefaßte Definition der Kapitalflucht, die von der Weltbank entwickelt wurde, ermittelt diese als die Summe aus der Veränderung der Bruttoverschuldung, den empfangenen Direktinvestitionen, dem Leistungsbilanzsaldo sowie der Veränderung der offiziellen Reserven.<sup>38</sup> Die beiden ersten Posten reflektieren den Zufluß an Devisen, während letztere die Verwendung der Devisen widerspiegeln. Somit wird die Differenz, die nicht durch diese Positionen erklärt wird, als Kapitalflucht angesehen. Die Kapitalflucht beinhaltet nach dieser Definition nicht nur den illegalen Kapitalexport, sondern auch die Währungssubstitution im Inland. Danach belief sich die Kapitalflucht 1992 auf 8,1 Mrd. Dollar, 1993 auf 10,6 Mrd. Dollar und 1994 auf 7,4 Mrd. Dollar. 1994 trug hierzu allein die Erhöhung der Devisenguthaben von Nichtbanken mit einem Betrag von 6 Mrd. Dollar bei. Für das erste Quartal 1995 wird die Kapitalflucht auf monatlich 800 Mill. Dollar geschätzt.<sup>39</sup> Bei dieser Definition der Kapitalflucht werden Fehldeklarationen bei der Rechnungsstellung für Handelstransaktionen nicht berücksichtigt.<sup>40</sup> Die Unterfakturierung von Exporten sowie die Überfakturierung von Importen werden benutzt, um illegal Devisen ins Ausland zu schaffen. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren dürfte die Kapitalflucht noch höher ausfallen.

### III. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Rußland ist es seit dem Zusammenbruch der Planwirtschaft nicht gelungen, über einen engen Rohstoffbereich hinaus ein nennenswerter Partner im internationalen Gütertausch zu werden. Die Auflösung des RGW hat die geringe Wettbewerbsfähigkeit der russischen Industrie offengelegt: Die Industriegüterexporte in Staaten außerhalb der ehemaligen Sowjetunion sind seit 1991 deutlich zurückgegangen. Eine Verlagerung arbeitsintensiver Fertigungsprozesse aus den OECD-Staaten nach Rußland läßt sich nur

in geringem Umfang beobachten. Exporte von einzelnen Hochtechnologiedienstleistungen können ein breites Exportgüterangebot nicht ersetzen, weil ihre interne gesamtwirtschaftliche Streuwirkung begrenzt ist und sie zudem von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Abnehmerländer abhängen.

Während der Handel mit Entwicklungs- und Schwellenländern — gemessen am Gesamthandel — stark zugenommen hat, ist er mit den GUS-Ländern stark zurückgegangen; der Handel

mit OECD-Staaten nahm in den letzten Jahren nur langsam zu. Der Handel mit den GUS-Ländern kann für Rußland keine Alternative zur Weltmarktorientierung sein. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion verfügen weder über eine hohe Importnachfrage, noch sind sie wichtige Beschaffungsmärkte für moderne Technologie. Außerdem hängen viele GUS-Länder von den teurer gewordenen Energielieferungen aus Rußland ab. Vor allem dafür müssen sie ihre verfügbaren Devisen aufwenden und scheiden deshalb als kaufkräftige Nachfrage für russische Fertigwaren aus.

Rußland ist noch kein attraktiver Standort für privates ausländisches Risikokapital. Ausländische Direktinvestoren verhalten sich ebenso zurückhaltend wie inländische Investoren. Obwohl die russische Auslandsverschuldung gemessen an Standardindikatoren nicht ungewöhnlich hoch ist, ergeben sich aus ihrer Fristigkeit und der Einnahmeschwäche der öffentlichen Haushalte Probleme. Im Rahmen des Pariser Clubs sollen demnächst die Rückzahlungsverpflichtungen langfristig umstrukturiert werden, so wie dies im Londoner Club bereits vor kurzem eingeleitet wurde. Bislang wird das Vertrauen von Kreditgebern dadurch erheblich beeinträchtigt, daß die russische Regierung Forderungen bei ursprünglicher Fälligkeit nicht bedient und auf umfangreiche Umschuldungsmaßnahmen angewiesen ist. Sie demonstriert damit, daß sie außerstande ist, das Steuersystem zu reformieren und insbesondere den Rohstoffsektor angemessen zu besteuern. Trotz der zuletzt unbestreitbar positiven Entwicklungen bei der Verminderung der Kapitalflucht und dem zunehmenden Vertrauen der heimischen Anleger in inländische Portfolioanlagen ist die Säumigkeit Rußlands als internationaler Schuldner eine schwere Hypothek für die Integration in die internationalen Kapitalmärkte. Diese verstehen Säumigkeit als deutliches Signal, ein Engagement in Rußland aufzuschieben. Damit bleibt der Kapitalstrom nach Rußland den multilateralen Finanzinstitutionen überlassen, die sich, auch unter dem Einfluß der Anteilseigner, im Zweifel eher für als gegen die Kreditierung von Reformankündigungen aussprechen.

Es ist nicht zu verkennen, daß sich die russische Außenwirtschaftspolitik im Jahr 1995 zu

wandeln begonnen hat. So nimmt das Außenhandelsregime allmählich GATT-konforme Züge an. An die Stelle der nichttarifären Hemmnisse sind preisliche Interventionen getreten. Interventionen auf der Exportseite, sei es in Form von Quoten oder Steuern, werden abgebaut. An die Stelle der Besteuerung internationaler Transaktionen tritt in einem allerdings sehr graduellen Prozeß die Besteuerung heimischer Transaktionen. Auf der Importseite ist ein Zolltarif eingesetzt worden, dessen Hauptmanko sich allerdings bereits verschiedentlich gezeigt hat: Der Tarif enthält noch keine Zollbindung (wegen fehlender Mitgliedschaft in der WTO) und wird noch nicht durchgängig praktiziert.

Rußlands neues Wechselkursziel kann Transaktionskosten senken und den im Außenhandel tätigen Unternehmen mehr Planungssicherheit bieten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß es gelingt, den realen Wechselkurs zu stabilisieren und damit Exportanreize für nichttraditionelle Sektoren zu geben. Wichtig ist, daß einer Überbewertung rechtzeitig durch Wahl eines realistischen Wechselkursziels entgegengewirkt wird.

Die Außenhandelspolitik der OECD-Staaten gegenüber Rußland ist durchlässiger geworden. Zollbarrieren gegenüber russischen Exporten wurden einseitig abgebaut und Quoten aufgestockt. In der Mehrzahl der Fälle werden die Quoten nicht ausgeschöpft und sind daher nicht als bindende Restriktion anzusehen. Antidumpingverfahren stehen weiterhin im Zentrum handelspolitischer Maßnahmen gegen Rußland und werden erst dann ihre schädigende, über den engen Bereich der konkreten Fälle hinausreichende Wirkung verlieren, wenn das Land nicht mehr als Staatshandelsland angesehen und Mitglied der WTO wird.

Rußlands Exportstruktur wird mit großer Wahrscheinlichkeit kurz- bis mittelfristig ressourcenlastig bleiben. Ob Rußland aktiv auf die Preisentwicklung für bestimmte Rohstoffe einwirken kann, ist fraglich. Dagegen sprechen zu geringe Weltmarktanteile und das Fehlen eines kartellartigen Verhaltens zusammen mit anderen Anbietern. Rußland war bislang kein Preisführer in einem Anbieterkartell und dürfte mit Rücksicht auf den eigenen Transformationsprozeß in

Zukunft eher an mittelfristig stabilen Preistrends interessiert sein als an kurzfristiger Erlösmaximierung. Im leitungsgebundenen Gasexport verfügt Rußland auf regionalen Teilmärkten wie Westeuropa zwar über eine stärkere Anbieterposition. Es gibt aber keinen Anhaltspunkt für eine aggressive Anbieterpolitik, die zudem Gegen- und Ausweichmaßnahmen nach sich ziehen würde.

Die für den gesamten Transformationsprozeß dringend erforderliche Diversifizierung der Angebotsstruktur dürfte erheblich längere Zeiträume beanspruchen als in anderen Reformländern. Hier hat die anhaltende Aufwertung des realen Wechselkurses zu einer hohen Anpassungslast geführt. In den Exportsektoren dürften die Anpassungserfordernisse für die im Welthandel unerfahrenen heimischen Anbieter noch höher sein als bei der Produktion für den Binnenmarkt. Die für diesen Diversifizierungsprozeß unumgänglichen Investitionen werden überwiegend durch einheimische Ersparnisse finanziert werden müssen, ausländisches Kapital kann nur eine ergänzende Rolle übernehmen. Angesichts der hohen Ungewißheit über den Fortgang der Reformen ist die Bereitschaft der internationalen Anleger, sich an der Finanzierung von Investitionen zu beteiligen, bislang gering. Der Umfang künftiger Auslandsinvestitionen in Rußland wird maßgeblich von der Stabilität der politischen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen abhängen.

Empfehlungen richten sich sowohl an die Adresse Rußlands als auch an die der Handelspartner. Es liegt im Interesse Rußlands, den beginnenden Prozeß makroökonomischer Stabilisierung durch ein Außenhandelsregime zu ergänzen, das weder zwischen Sektoren diskriminiert noch der Versuchung erliegt, die negativen Auswirkungen einer realen Aufwertung durch ein restriktives Importregime ausgleichen zu wollen. Zugleich ist es wünschenswert, daß Rußland ausländischen Investoren alle Sektoren öffnet

und eine diskriminierende Besteuerung von Ausländern unterläßt. Die Handelspartner ihrerseits können ein liberales nichtdiskriminierendes Regime durch eine möglichst rasche Aufnahme Rußlands in die WTO (oder eine provisorische Als-ob-WTO-Behandlung) und durch eine Fortsetzung der handelspolitischen Lockerungen unterstützen.

Die handelspolitische Liberalisierung kann durch eine öffentliche Exportförderung, die die Kosten von Information und Unsicherheit senkt, unterstützt werden. Zwar bleibt es weiterhin vor allem den Handelsunternehmen, ausländischen Investoren und den internationalen Kapitalmärkten vorbehalten, Rußlands Unternehmen in die internationalen Marktnetze einzubeziehen. Regionale Informationsbörsen, Messen und gemeinsame Arbeitsgruppen können aber ergänzend zu den bestehenden Handelskammern, privaten Handelshäusern und Finanzierungsinstitutionen marktrelevante Informationen erschließen und verkaufen. Aufgrund der Größe Rußlands bieten sich dabei dezentrale Lösungen an, die den untergeordneten Gebietskörperschaften soviel Verantwortung wie möglich übertragen.

Eine erfolgreiche Integration Rußlands in die Weltwirtschaft kann durch die Außenwirtschaftspolitik, vor allem die Handels- und Wechselkurspolitik, zwar beeinflußt werden, sie hängt aber entscheidend von den Fortschritten im binnenwirtschaftlichen Transformationsprozeß ab. Die Fortsetzung der ordnungspolitischen Reformen, die Senkung der Inflation und der prohibitiv hohen Realzinsen sind wichtige Voraussetzungen für den notwendigen Strukturwandel und die Modernisierung der industriellen Produktion. Ohne diesen Strukturwandel wird sich die außenwirtschaftliche Integration auch in Zukunft auf die Veräußerung der natürlichen Ressourcen beschränken und andere komparative Vorteile Rußlands, vor allem das vorhandene Humankapital, ungenutzt lassen.

## Endnoten

- 1 In Tabelle 1 wird der Handel mit den ehemaligen Sowjetrepubliken in Rubel gemessen und auf das nominale BIP bezogen; es wird also unterstellt, daß die Preisstruktur in diesem Bereich des Handels ungefähr den russischen Inlandspreisen entspricht. Diese Annahme dürfte bis einschließlich 1993 der Realität recht nahe kommen. Seit 1994 liegen jedoch die Exportpreise für Energieträger, die einen Großteil der Ausfuhr in die ehemaligen Sowjetrepubliken ausmachen, näher bei den Weltmarktpreisen als bei den russischen Inlandspreisen. Die Exportquoten für 1994 und 1995 werden daher vermutlich überschätzt. Der Handel mit Drittländern, der in Weltmarktpreisen abgewickelt wird, wird demgegenüber auf das mit der Kaufkraftparität in Dollar umgerechnete BIP bezogen, da die russischen Inlandspreise immer noch erheblich von den Weltmarktpreisen abweichen.
- 2 Lediglich bei einer von sieben Schätzungen liegt der Anteilswert bei 18 vH.
- 3 Im ersten Halbjahr 1995 wurde der Handel mit den ehemaligen Sowjetrepubliken weitgehend zu Weltmarktpreisen abgewickelt. Die Nominalwerte in Dollar dürften also ein realistisches Bild vom Umfang des Handels vermitteln.
- 4 Die Außenhandelsquote ist als Durchschnitt von Ausfuhr und Einfuhr in vH des BIP definiert.
- 5 Siehe zu den politökonomischen Erklärungsansätzen russischer Handelspolitik (Langhammer 1995: 77–86).
- 6 Gemessen bis Mai 1992 noch für die ehemalige UdSSR.
- 7 Bis 1993 wurden essentielle Konsumgüter wie Lebensmittel und Medikamente, die mit Hilfe westlicher Kredite importiert wurden, sogar zu erheblich subventionierten Preisen an die Bevölkerung abgegeben.
- 8 Die USA als weiterer wichtiger OECD-Handelspartner Rußlands haben die Meistbegünstigungsklausel aus dem alten USA–UdSSR-Handelsabkommen von 1990 in der Folgezeit auf alle Nachfolgestaaten übertragen und gewähren Rußland seit Juni 1992 die Meistbegünstigung. Zum gleichen Zeitpunkt wurde ein bilateraler Investitionsvertrag unterzeichnet. Dem Bericht des amerikanischen Handelsbeauftragten für das Jahr 1994 zufolge sehen die USA keine bedeutenden legalen Barrieren im Handel mit Rußland, auch wenn fehlender Schutz gegen Marken- und Softwarepiraterie sowie fehlende Transparenz wirtschaftlicher Maßnahmen und ein eklatanter Mangel an Rechtssicherheit beklagt werden. Konkrete handelspolitische Maßnahmen gegen Importe aus Rußland führt der Bericht nicht auf (U.S. Trade Representative 1994: 233–235).
- 9 Unterlagen der EU-Kommission zufolge waren zum Stichtag, 6. November 1995, die Quoten für Warmbreitband zu 83 vH, für Grobbleche zu 66 vH, für sonstige Flacherzeugnisse zu 46 vH, für Walzdraht zu 17 vH und für sonstige Profil-erzeugnisse zu 29 vH ausgelastet.
- 10 Nach internen Unterlagen der EU-Kommission.
- 11 Die Schrumpfung des Intra-GUS-Handels ist sowohl Folge als auch Ursache des starken Einbruchs der gesamtwirtschaftlichen Produktion. In russischen Quellen werden zwischen 40 und 60 vH des Produktionsrückgangs auf die Zerstörung der alten Kooperationsbeziehungen zurückgeführt (*Ekonomika i žizn'* Nr. 5 aus 1995: 18).
- 12 Ministerstvo Rossijskoj Federacii po sotrudničestvu s stranami-učastnikami SNG (1995: 5); berechnet nach: Goskomstat Rossii (1995c: 49).
- 13 Vgl. u.a. die Verträge über die Förderung der Produktionskooperation von Unternehmen, über den Rechtsstatus und die Bedingungen für die Tätigkeit transnationaler Vereinigungen auf dem Gebiet der Produktion, des Handels und des Versicherungswesens, über Investitionszusammenarbeit, über Zusammenarbeit in der Antimonopolpolitik, über die Migration von Arbeitskräften und deren sozialen und gesundheitlichen Schutz.
- 14 Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan traten am 3. November 1995 bei.
- 15 So lag nach der Preiserhöhung vom März 1995 der Preis für private Haushalte bei 20 000 Rubel/1 000 m<sup>3</sup> und für Industriekunden bei 138 000 Rubel/1 000 m<sup>3</sup>.
- 16 Dies belegt auch der hohe Umfang der russischen Kapitalanlagen im Ausland (vgl. Abschnitt II.3.d).
- 17 Der reale Wechselkurs wurde als (Dollar/Rubel) x (Verbraucherpreisindex Rußlands/Verbraucherpreisindex der USA) berechnet.
- 18 Berechnet nach Angaben von Government of the Russian Federation (1995b).
- 19 Die Berechnung der Kaufkraftparität des Rubels stützt sich auf einen Warenkorb von Konsumgütern, der vom Moskauer Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen zusammengestellt wird (Government of the Russian Federation 1994: 27–28).
- 20 Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben von Government of the Russian Federation (1994: 27–28; 1995b). Nach anderen Berechnungen hat der Wechselkurs des Rubels bereits drei Viertel der Kaufkraftparität zum Dollar erreicht (*Financial Times* vom 19. September 1995).
- 21 So betragen in Ungarn Ende 1994 die Bestände an Direktinvestitionen 6,8 Mrd. Dollar oder 663 Dollar pro Kopf, in Tschechien 3 Mrd. Dollar oder 290 Dollar pro Kopf, in der Slowakei 600 Mill. Dollar oder 112 Dollar pro Kopf, in Polen 3,2 Mrd. Dollar oder 83 Dollar pro Kopf (BIZ 1995a: 45).
- 22 Vgl. die Umfrage von Ernst & Young (*Obsor Ekonomiki Rossii* 1995: 239).
- 23 Unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der Zentralbank der Russischen Föderation.
- 24 Nach vorläufigen Angaben der Weltbank (unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der Weltbank).

- 25 Ohne den Handel mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.
- 26 Der Anteil der Auslandsschulden am BSP betrug 1993 in Bulgarien 125 vH, in Ungarn 67,5 vH, in Polen 53 vH, in der Slowakei 32 vH, in Tschechien 27,5 vH, in Rumänien 18 vH und in Estland 3,5 vH; das Verhältnis der Auslandsschulden zu den Warenexporten betrug 1993 in Polen 283 vH, in Bulgarien 236 vH, in Ungarn 228 vH, in Rumänien 78,1 vH, in der Slowakei 44,8 vH, in Tschechien 44,5 vH und in Estland 18,5 vH (World Bank 1994).
- 27 Der Anteil der Auslandsschulden am BSP betrug 1993 z.B. in Ägypten 105 vH, in Mexiko 36 vH, in Argentinien 30 vH und in Brasilien 24 vH; das Verhältnis der Auslandsschulden zu den Warenexporten betrug in Ägypten 257 vH, in Mexiko 185 vH, in Argentinien 446 vH und in Brasilien 302 vH (World Bank 1994).
- 28 Die Verbindlichkeiten gegenüber den früheren RGW-Ländern betragen Ende 1991 rund 19 Mrd. Transferrubel, von denen rund 7 Milliarden auf Polen, 6,3 Milliarden auf die ehemalige DDR sowie jeweils zwei Milliarden auf die ehemalige Tschechoslowakei und Ungarn entfielen (Christensen 1994).
- 29 Unveröffentlichte Arbeitsunterlagen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds.
- 30 Im ersten Quartal 1995 entfielen von den Zahlungsrückständen an russische Unternehmen in Höhe von 2 571 Mill. Dollar auf Forderungen von Rohstoff- und Energieunternehmen gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion 1 673 Mill. Dollar (Angaben aus der Zahlungsbilanz für das erste Quartal 1995, lt. unveröffentlichten Arbeitsunterlagen der Zentralbank der Russischen Föderation).
- 31 Einschließlich des Handels mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.
- 32 Die Angaben beziehen sich nur auf die Verbindlichkeiten in konvertiblen Währungen.
- 33 Die im Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubiger nehmen auch die Interessen von privaten Kreditgebern wahr, wenn sie durch öffentliche Bürgschaften (z.B. Hermes-Bürgschaften) der jeweiligen Länder abgesichert wurden.
- 34 In dieser Summe sind auch die Zinsen zum Laufzeitende enthalten. Abweichungen zu den erheblich niedrigeren Angaben der russischen Seite erklären sich durch die Berücksichtigung dieser Zinszahlungen.
- 35 So hat die Bayrische Landesbank Kredite an die Regionen Samara und Tula vergeben (*vwd-Osteuropa* vom 1. August 1995 und vom 17. August 1995).
- 36 Die Systemübergangsfazilität ist ein eigens für die Transformationsländer Ost- und Mitteleuropas eingerichtetes Kreditprogramm des Internationalen Währungsfonds.
- 37 Das entspricht 125 vH der Quote Rußlands beim Internationalen Währungsfonds.
- 38 Ein Nachteil dieses Verfahrens ist, daß nicht zwischen risikoinduzierten Kapitalabflüssen und Portfolioinvestitionen unterschieden wird. Zu diesem und anderen Verfahren vgl. Sheets (1995).
- 39 Andere Schätzungen gehen vom doppelten Betrag pro Monat aus (World Bank 1995: 17).
- 40 Aufwendungen für illegale Importe müßten ebenfalls berücksichtigt werden, allerdings fehlen hierfür verlässliche Schätzungen.

## Literaturverzeichnis

- BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) (1995a). *Annual Report*. Basel.
- (1995b). *Entwicklung des Internationalen Bankgeschäfts und der Internationalen Finanzmärkte* (August).
- (verschiedene Ausgaben). *Gliederung der internationalen Bankkredite nach Fälligkeiten, Sektoren und Nationalität der berichtenden Banken*.
- Christensen, B.V. (1994). *The Russian Federation in Transition: External Developments*. IMF Occasional Papers 111. Washington, D.C.
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) (1995). Passive Lohnveredelung im Rahmen der Textil- und Bekleidungsimporte Deutschlands und der EU. *Wochenbericht des DIW* 62 (17): 338–346.
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1994). Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden Strukturwandel. *Wochenbericht des DIW* 61 (47–48). Erschienen auch als Kieler Diskussionsbeitrag 240/241.
- (1995). Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. *Kieler Diskussionsbeiträge* 262. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Goskomstat Rossii (1995a). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'–avgust 1995 g.* Moskau.
- (1995b). *Rossija v cifrach*. Moskau.
- (1995c). *Rossija i strany-učastniki SNG, janvar'–ijun' 1995 g.* Moskau.
- Gosudarstvennyj Tamožennyj Komitet Rossijskoj Federacii (1995). *Tamožennaja Statistika Vnešnei Torgovli RF. Bjuulleten'. II kwartal 1995 g.* Moskau.
- Government of the Russian Federation (1994). *Russian Economic Trends* 3 (2).
- (1995a). *Russian Economic Trends* 4 (2).
- (1995b). *Russian Economic Trends. Monthly Update*. (September).
- Gros, D., und B. Dautrebande (1992). International Trade of Former Republics in the Long Run: An Analysis Based on the 'Gravity' Approach. CEPS Working Document 71. Centre for European Policy Studies, Brüssel.
- IEA (International Energy Agency) (1995). *Energy Policies of the Russian Federation*. Paris.
- IMF (International Monetary Fund) (1992). *Economic Review: Russian Federation*. Washington, D.C.
- (1995). *Direction of Trade Statistics Yearbook 1995*. Washington, D.C.
- Langhammer, R.J. (1995). Endogenous Tariffs and Economic Transformation: The Case of Russian Trade Policies. *Intereconomics* 30 (2): 77–86.
- Langhammer, R.J., und M. Lücke (1995). Trade Among the Post-Soviet States: Evolution and Policy Issues. *Kieler Arbeitspapier* 708. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Medvedev, Z. (1995). Dolgi Rossii i Rossijskie Dolgi. *Finansy* (7): 38–41.

- Michalopoulos, C., und D.G. Tarr (1994). Summary and Overview of Developments Since Independence. In C. Michalopoulos und D.G. Tarr (Hrsg.), *Trade in the New Independent States*. Studies of Economies in Transformation 13. Washington, D.C.
- Ministerstvo ekonomiki Rossijskoj Federacii (o.J.). Strategija razvitija vnešneekonomičeskich svjazej Rossii (proekt). Unveröffentlichtes Manuskript.
- Ministerstvo Rossijskoj Federacii po sotrudničestvu s stranami-učastnikami SNG (1995). *Itogi vnešneekonomičeskoj dejatel'nosti za 1994 god i prognoz na 1995 god*. Moskau.
- Rinaco Plus (1995). *Emerging Market Funds in Russia: Institutional Investors Guide to Russia*. Moskau.
- Schochin, A. (1994). Nam dolžny 7 milliardov dollarov i 100 milliardov invaljutnych rublej. *Rossijskije Vesti*, 20. September.
- Selm, B. van (1995). *The Economics of Soviet Break-up. Theses on Systems, Organisations and Management*. Den Haag.
- Sheets, N. (1995). Capital Flight from the Countries in Transition. International Finance Discussion Paper 514. Board of Governors of the Federal Reserve System, Washington, D.C.
- U.S. Trade Representative (1994). *1994 National Trade Estimate Report on Foreign Trade Barriers*. Washington, D.C.
- Vasil'čuk, E. (1994). Dolžniki Rossii mogut platit' imuščestvom i tovarami. *Finansovye izvestija*, 4. bis 10. August.
- Weltbank (1995). *Weltentwicklungsbericht*. Bonn.
- World Bank (1994). *World Debt Tables 1994–1995*. Washington, D.C.
- (1995). *Transition: The Newsletter about Reforming Economies* 6 (7–8). Transition Economic Division, Policy Research Department, Washington, D.C.